

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachpost. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
heriger Gebühreneinsendung auf Postfach. Alfred Riebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist: Freitag

Vor der Entscheidung!

Der Tag der Entscheidung naht! Am kommenden Sonntag wird darüber entschieden, ob der reaktionäre Block der bürgerlichen Parteien — der den Besitz verkörpert — im zukünftigen Reichstag über das Schicksal der werktätigen Bevölkerung zu bestimmen hat, oder ob die deutsche Arbeiterschaft ihre Geschicke mit eigener Hand selbst gestaltet, indem sie alles daransetzt, um als eine starke Macht aus diesem Wahlkampf hervorzugehen. Die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit hat Millionen Arbeits-
verderber und -schweller schuldlos in Not und Elend hinabgeworfen. Täglich mehren sich die Opfer, die durch die katastrophale Wirtschaftslage fortwährend sich vergrößern, durch eine saubere Steuerpolitik des Bürgerblocks auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abwälzen.

Nicht genug damit. Das sogenannte Frontkämpferkabinett Brüning-Trojanus hat zugleich die Arbeitslosen- und Krankenversicherung für die Werkstätten durch ihre Notverordnung verschandelt und die Leistungen an die Versicherten wesentlich abgebaut. Bedarf es eines klareren Beweises, wie sich der Besitzblock des Diktaturkabinetts Brüning die Verteilung der Lasten denkt?! In all den Kämpfen um die Vertretung im Parlament hat sich noch niemals so offen

der Gegensatz zwischen Besitzenden und den Besitzlosen gezeigt.

Die Regierung Brüning hat durch die Anwendung des Diktaturparagraphen kundgetan, wie es bei den bürgerlichen Parteien um die Demokratie bestellt ist. Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit ist sich aber auch in dieser Stunde bewußt, daß sie nicht nur der Hauptträger der Weimarer Verfassung ist, sondern zugleich die demokratischen Prinzipien, die in der Verfassung verankert sind, zu verteidigen hat. Streben doch die bürgerlichen Parteien allen Ernstes danach, die Vorkriegsverhältnisse des Reichsstaates wieder zu erlangen, damit sie ihren Einfluß im Staat noch fester verankern können.

Täglich nennen von rechts und links extreme Parteifanatiker mit dem Ruf „nach der Diktatur“ gegen das Volkwerk des Staates, also gegen die demokratische Verfassung. Rechte und Pflichten des Staatsbürgers sind in der Verfassung verankert. Wartet sie! Darüber hinaus sind aber auch die wirtschaftlichen und sozialen Interessen, die durch die freien Gewerkschaften vertreten werden, mit dem Werk von Weimar eng verflochten. Die Beseitigung der demokratischen Prinzipien würde also auch unsere gewerkschaftliche Organisation treffen und somit die Kampfbasis unserer wirtschaftlichen und sozialen Forderungen vernichten. Seid euch dessen bewußt!

Noch haben wir durch das allgemeine und geheime Wahlrecht auf Grund unserer er-
kämpften politischen Freiheit die Entscheidung über unser Wollen. Verneinet den Ernst der Stunde! Es geht um die staatsbürgerlichen Rechte der deutschen Arbeiterschaft. Die Wahl am Sonntag zum Reichstag muß zum Ausdruck bringen, daß wir als denkende Arbeiter alles daransetzen, unsere soziale und wirtschaftliche Stellung im Staat zu behaupten. Seht alle Kraft ein, denn wir wollen unsere Stellung nicht nur behaupten, sondern weiter ausbauen!

Es geht um unsere Zukunft!

Deshalb keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Sie haben alleamt bewiesen, daß sie als unsere geschworenen Klassenfeinde nur an der Diktatur des Geldsacks interessiert sind. Wartet auf die-
jenigen Parteien, die sich ein neues Firmenschild zugelegt haben, um ihren politischen Bankrott zu demänteln. Leistet ihnen keine Gefolgschaft!

Keine Stimme den Nationalsozialisten, die unter Führung der monarchischen Sippe und der reaktionärsten Offizierskreise uns befreien wollen.

Aber auch keine Stimme den Kommunisten, die offiziell den Kampf gegen die freien Gewerkschaften führen.

Geht eure Stimme der Partei, die in engster Verbundenheit mit den freien Gewerkschaften für euch eintritt.

Wählt sozialdemokratisch! Alle Stimmen der Liste 1.

Die bürgerlichen Wahlversprechen.

Die bürgerlichen Parteien, einzig in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, lassen es an Wahlversprechen auch an die Adresse des Proletariats, an die Hand- und Kopfarbeiter nicht fehlen, um womöglich große Massen aus der proletarischen Wählerkategorie für die eigenen Zwecke einzufangen. Was alles wird da behauptet, was alles versprochen! Von Klassenparteien keine Rede, die bürgerlichen Parteien vertreten jede für sich und alle zusammen nur das „Allgemeinwohl“, sie sind kein Interessentenhaufen, wie ihr gemeinsames Lösungswort lautet. Sie vertreten keine Besitzinteressen, nicht Besitzbürgertum, sondern Staatsbürgertum ist auf ihre Fahnen geschrieben. Der Kapitalismus soll wohl bestehen bleiben, doch nur als sozialer Kapitalismus, durchdrungen vom Verantwortungsgefühl der Unternehmer für das Gesamtwohl. Der Aufstieg der Arbeiter und der Angestellten ist bei ihnen beifalls aufgehoben. Höhere Löhne, Ausbau der

Sozialpolitik sind Wünsche, die den bürgerlichen Parteien sehr am Herzen liegen. Die Lebenshaltung der Beamten soll durch auskömmliche Gehälter gesichert werden. Dem Steuerzahler wird Erleichterung der Steuerlast, dem Verbraucher Schutz gegen Zoll- und Kartellwucher versprochen. Der böse Young-Plan soll bald revidiert, die Reparationslasten durch die außenpolitische Aktion der Bürgerlichen demnächst erleichtert werden.

Man sagt, daß der, welcher auf die Vergesslichkeit der Massen spekuliert, richtig spekuliert. Die Wahlversprechen taum verhallt, sind sie bereits vergessen; wer wird Rechenschaft verlangen? In dessen wäre eine solche Annahme von der Unmündigkeit und Unreife der Wählermassen in einem Lande, wie Deutschland, zweifellos übertrieben. Die bürgerlichen Parteien, wenn sie den Arbeitern, Angestellten und Beamten alles Gute verheißen, können sich allein auf die Vergesslichkeit der Massen nicht verlassen. Für den Fall, daß sie ihre Zusagen nicht

halten, ja sie in ihr Gegenteil verkehren, — und das wissen ihre Führer von vornherein — müssen sie stets gute Ausreden haben. Es trifft sich nun so, daß ihnen diese dank der widerspruchsvollen wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus stets zu Gebote stehen.

Der Kapitalismus bedeutet die Notwendigkeit ausreichender Gewinne für die Unternehmer. Ohne diese weder Unternehmungslust, da der kapitalistische Unternehmer auf die Dauer nur rentable Unternehmungen betreibt, noch die für den Ausbau der Wirtschaft erforderliche Kapitalbildung. In diesem System sind Kapitalflucht der Unternehmer, Steuerflucht der Steuerzahler beheimatet. Der Kapitalismus erzeugt sich stets erneuernde Wirtschaftskrisen mit großer Arbeitslosigkeit, und wir befinden uns gerade an einem tiefsten Punkt der Konjunkturdepression.

Unter solchen Umständen ist es den bürgerlichen Parteien ein Leichtes, zu wirkungslosen Ausreden Zuflucht zu nehmen, wenn sie an ihre Wahlversprechen erinnert werden.

Will man die Löhne erhöhen? Es wird erklärt, daß höhere Löhne die Rentabilität der Unternehmungen einschränken, die Kapitalbildung unterbinden, die Kapitalflucht fördern, die Überwindung der Krise erschweren, die Arbeitslosigkeit steigern würden. Die Behauptungen brauchen nicht bewiesen zu werden, es genügt, wenn sie häufig und laut genug wiederholt werden, zumindest reicht es aus, um ein bequemes „Alibi“ zu schaffen.

Bei der Durchführung der Steuerreform sind die bürgerlichen Parteien einig darin, alle Lasten den schwächsten Schultern aufzubürden, und den Besitz zu entlasten. Die Begründung ist dieselbe, wie bei der Lohnfrage.

Lehnlicher Weise wird der Abbau der Sozialpolitik begründet, der, bereits begonnen, von den bürgerlichen Parteien forgesetzt werden soll. Für den Abbau der Arbeitslosenversicherung wird das schier teuflische Argument herangezogen, man wolle durch ihn die Arbeitslosigkeit bekämpfen, indem man die Erwerbslosen zwingt, unter allen Umständen Arbeit zu nehmen. So falsch das Argument auch ist, so wenig Arbeitslose Beschäftigung finden können, wenn keine Arbeitsgelegenheiten da sind, als Vorwand macht das Argument seine guten Dienste.

Der Zollabbau kann von den bürgerlichen Parteien ruhig versprochen und statt dessen eine Politik der Zollserhöhung verfolgt werden. Muß doch bestimmten Produktionszweigen, die sich in schwerer Krise befinden, ein Schutz gewährt werden; auch gibt es Zölle für Verhandlungszwecke — in ihrem Schatten kann man auch unbegründete und unberechtigte Zölle einführen und aufrechterhalten. Auch kann man die zur Verhütung einer Notlage gewährten Krisenzölle maßlos übersteigern und sie zur Quelle privater Bereicherung machen. Ihr Versprechen der Bekämpfung überhöhter Kartellpreise können die bürgerlichen Parteien leicht vermissen, indem sie sich mit einigen Scheinmaßnahmen, die die Machtvollkär der Kartelle unberührt lassen, begnügen. Auch hier steht der Hinweis auf Betriebsstilllegungen zu Gebote, wenn den Kartellen auf den Leib gerückt werden sollte.

Wenn die Beamten mit dem Abbau der Gehälter befehrt werden, so soll als Begründung die schlechte Finanzlage des Staates ausreichen.

Das Staatsdefizit muß auch dafür herhalten, daß die öffentliche Wirtschaft gedrosselt, ihr Ausbau verhindert wird.

Wird der Young-Plan nicht sobald revidiert, werden die Reparationsleistungen nicht sofort erleichtert, so wird man sich auf außenpolitische Schwierigkeiten und auf die Gefährdung der Kapitaleinfuhr berufen, was an sich wohl richtig ist; in den Wahlversprechungen werden aber solche Hindernisse wohlweislich verschwiegen.

Der Verlogenheit der bürgerlichen Parteien gegenüber, die ihren Klassencharakter abzuwehren, gibt sich die Sozialdemokratische Partei offen als das, was sie ist, als eine Klassenpartei, die Klasse der proletarischen Hand- und Kopfarbeiter und Beamten. Sie rüdt zwar auch um die Stimmen verwandter Kleinbäuerlicher und Kleinbürgerlicher Schichten, die als Proleten, Verbraucher und Steuerzahler bei Unterstützung der Sozialdemokratie besser fahren würden als in der Gefolgschaft des Großkapitals, will aber ihren Klassencharakter nicht ablegen. Sie enthält die Beteuerungen der bürgerlichen Parteien als leere Phrasen und zeigt, daß es eine gemeinsame Plattform zwischen Kapital und Arbeit nicht gibt, nicht geben kann. Die gegenseitigen Abhängigkeiten, das gemeinsame Interesse der Heberwindung der Wirtschaftskrise und der Vergrößerung des Sozialprodukts zugegeben, sind die Auffassungen im Proletariat über die Wege, auf welchen diese Ziele erreicht werden können, von denen der Bürgerlichen so radikal verschieden, daß eine Einigung darüber nicht erzielt werden kann.

Die Sozialdemokratie, indem sie sich als Klassenpartei bezeichnet, gibt damit zu, was die Bürgerlichen mit geringem Anstandsgefühl für sich ableugnen, daß sie eine Interessentenpartei ist. Im und durch den Klassenkampf will sie den Interessen des Proletariats, dessen sozialem und wirtschaftlichem Aufstieg dienen. Dennoch hat sie, und zwar sie allein, das Recht, ihren allgemeinen und umfassenden Charakter zu behaupten, da sie über die bloße Interessentvertretung weit hinausweist, da sie als Trägerin einer großen Idee auftritt. Sie ist eine sozialistische Partei, die das unwürdige Wirtschaftssystem des Kapitalismus — ohne Abenteuer und, den realen Machtverhältnissen stets Rechnung tragend, unter Benutzung der demokratischen Einrichtungen — durch den Sozialismus ablösen will. H. S.

Wo bleibt die Ausdehnung der Krisenunterstützung?

Schon vor einigen Monaten, als die Zahl der ausgefeuerten Arbeitslosen ununterbrochen stieg, und in mehreren, so besonders den baugewerblichen Betrieben, auch die Zahl derjenigen, die nicht einmal mehr die zehnstündige Anwartschaftszeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung erfüllen konnten, hatten die freien Gewerkschaften den Reichsarbeitsminister Stegerwald um eine Rücksprache ersucht, in der sie die unabweisliche Notwendigkeit einer Ausdehnung der Krisenunterstützung über die jetzt zugelassenen Berufe hinaus und einer Verlängerung der Unterstützungsdauer darlegten. Herr Stegerwald mußte damals zugeben, daß in der Tat die geltenden Zulassungen der Krisenunterstützung nicht mehr als ausreichend angesehen werden könnten und daß es notwendig sei, die im Etat angelegten Beträge zu erhöhen. Dies um so mehr, als ja selbst bei einer Erhöhung des Etatslozes von 150 auf 300 Millionen Mark im Durchschnitt nur etwa 400 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung versorgt werden können, eine Zahl, die trotz gleichbleibender Beschränkung in der Zulassung inzwischen schon beträchtlich überschritten worden ist.

In erster Linie versuchte aber der Minister die Gewerkschaften damals zu verfröhen, indem er auf sein Arbeitsbeschaffungsprogramm hinwies, das eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen werde, die zu einer beträchtlichen Verminderung der Unterstüzungsempfänger und im Zusammenhang damit zu einer Erweiterung des Kreises der zugelassenen Berufsgruppen führen sollte.

Auf die Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat man bisher vergeblich gewartet. Statt dessen schmilzt die Zahl der Ausgefeuerten lawinenartig an. Hunderttausende werden zur kommunalen Wohlfahrtspflege abgeschoben, so daß die Belastung der Städte gerade in typischen Arbeiterrevieren immer unerträglicher wird.

Selbst die christlichen Gewerkschaften empfinden langsam das Unhaltbare dieses Zustandes und haben eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der sie die Ausdehnung der Krisenunterstützung, insbesondere auch die Einbeziehung von Saisonarbeitern und eine Verlängerung der Bezugsdauer fordern. Wir sind mit diesen Forderungen vollat einverstanden und auch mit der Begründung, in der auf die außerordentliche Unterschiedlichkeit in der Zulassung und die hieraus folgenden unbilligen Verschädenheiten in einzelnen Gewerben hingewiesen wird. Immer wieder haben wir es als Ziel aufgestellt, die Krisenunterstützung zu einem alle Arbeitslosen erfassenden Bindeglied zwischen Arbeitslosenversicherung und kommunaler Wohlfahrtspflege zu entwickeln. Leider fanden wir bisher wenig Unterstützung in den christlichen Gewerkschaften und erst recht bei den ihnen nahestehenden Parteien.

Unsere Eingaben an den Reichsarbeitsminister, unsere Darlegungen in der Öffentlichkeit, stieben bisher ungehört. Vielleicht gibt die Eingabe der christlichen Gewerkschaften dem Reichsarbeits-

minister Stegerwald endlich einmal Veranlassung, statt des Zukunftsaussichtes seines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu reden, gegenüber der furchtbaren akuten Notlage der Ausgefeuerten auch einmal zu handeln. Eine Ausdehnung der Krisenunterstützung wäre die dringende Aufgabe, die der Reichsarbeitsminister zurzeit zu erfüllen hat.

Der Produktionsrückgang hält an.

Die Zunahme der Arbeitsuchenden seit der ersten Hälfte des Monats Juli muß allem Anschein nach bereits als Zeichen dafür gelten, daß die in den Sommermonaten regelmäßig eintretende Besserung der Arbeitsmarktlage schon vorüber ist und der günstige Stand des Arbeitsmarktes für dieses Jahr bereits hinter uns liegt. Während bisher seit Ende Februar die Zahl der Arbeitsuchenden fast ununterbrochen abgenommen hatte — allerdings wesentlich langsamer als in den sonstigen Jahren — brachte die erste Jahreshälfte eine Zunahme der Arbeitsuchenden um 77 900 oder in Prozenten ausgedrückt um 2,9 Proz. Mit rund 2 715 000 Arbeitslosen hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres verdoppelt.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit bedeutet zugleich ein starkes Schrumpfen der Kaufkraft des inneren Marktes, was in sinkenden Produktions- und Umlagertönen seinen deutlichen Ausdruck findet. Der Ausfall an Verdienst, der allein im ersten Halbjahr 1930 durch die Arbeitslosigkeit entstand, kann auf drei Milliarden Mark veranschlagt werden. Auf das zweite Vierteljahr 1930 kommt hieron ein Verdienstausfall in Höhe von etwa 1,4 Milliarden Mark. Auch wenn man die Unterstützungsbeiträge der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge einrechnet, so bedeutete doch die Arbeitslosigkeit für das erste Halbjahr 1930, wie das Institut für Konjunkturforschung berechnet, einen Nettolohnausfall von

Wahltag ist Zahntag

Wählt am 14. September

Liste 1

(Sozialdemokratische Partei)

1,85 Milliarden Mark. Verglichen mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres ist der Kaufkraftausfall im ersten Halbjahr 1930 um mindestens 600 Millionen Mark größer gewesen als 1929. Mit Recht macht das Institut für Konjunkturforschung darauf aufmerksam, daß dieser Zahl ein um so größeres Gewicht beizulegen ist, als die Einkommen an sich im Zug der wirtschaftlichen Entwicklung infolge der wachsenden Zahl der Erwerbstätigen, der zunehmenden Produktivität der Wirtschaft usw. von Jahr zu Jahr steigen müßten.

Durch die Arbeitslosenunterstützung werden von dem Bruttoverdienstausfall etwa 30 bis 40 Proz. gedeckt. Wie nun die Ergebnisse der Arbeiterhaushaltsrechnungen einseitig zeigen, verwendet der Arbeiter etwa 55 Proz. seines Einkommens allein für Wohnung und Ernährung, so daß der Ausfall an Kaufkraft, wie ihn die gegenwärtige Arbeitslosigkeit mit sich bringt, sich besonders für alle diejenigen Wirtschaftszweige fühlbar machen muß, die, wie die Textil-, Möbel- und Einrichtungsindustrie, aus den Teilen des Einkommens, die nach den Ausgaben für Wohnung und Ernährung übrigbleiben, gespeist werden müssen.

Bei der Betrachtung der industriellen Produktion, die im allgemeinen auch in den letzten Monaten ihren Rückgang fortsetzte, zeigte sich, daß die Produktionsgüterindustrien stärkere Rückgänge aufweisen als die Konsumgüterindustrien. Die Verbrauchsgüterindustrien waren nämlich frühzeitiger von der Konjunkturverschlechterung erfaßt worden als die Produktionsgüterindustrien, so daß sie ihren Konjunkturlestand bereits seit einiger Zeit erreicht haben, während sich die Produktionsgüterindustrien noch mitten im Rückgang befinden. Besonders scharf ist die Erzeugung der lebenswichtigen Industrie rückständig gewesen. Die Kohlenproduktion war im Durchschnitt der letzten drei Monate um 24 Proz. die Walzwerkeerzeugung sogar um 27 Proz. niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sehr stark gesunken ist die Kohlenförderung als Folge des außerordentlichen Tiefstandes, den der Kohlenablaß im ersten Viertel 1930 erreicht hatte. Die geringfügige Steigerung des Kohlenabfahes in den letzten Wochen ist auf die saisonübliche Abnahme in der Hausbrandkohle zurückzuführen. Der Kohlenbedarf der industriellen Verbraucher ist nach wie vor gering. Wegen einer im Inlandsablaß von 12,2 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt des

ersten Halbjahres 1929 hatte das erste Halbjahr 1930 nur einen solchen von 9,5 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Vor allem ging infolge der geringen Bau-tätigkeit in diesem Wirtschaftsjahr der Kohlenverbrauch an die Baustoffindustrien rapide zurück. Neben den Baustoffindustrien weisen die Ziffern der Automobilproduktion erhebliche Rückgänge auf.

Der Umlagerrückgang kommt ebenfalls in der Transportleistung von Reichsbahn und Binnenschiffahrt zum Ausdruck. Die Wagengestellung der Reichsbahn bleibt seit Anfang dieses Jahres ständig unter Vorjahrsgröße; im ersten Halbjahr 1930 betrug der Rückgang durchschnittlich 11 Proz. Dank der günstigen Witterung konnte allerdings die Binnenschiffahrt einen größeren Anteil der Transporte auf sich ziehen als im Vorjahr, doch bleibt auch unter Einrechnung der Zunahme des Binnenschiffahrtverkehrs ein Rückgang der gesamten Transportleistung von Eisenbahn und Binnenschiffahrt in Höhe von 5 bis 6 Proz. gegenüber dem Vorjahr bestehen.

Die einseitige Interne Konzentration, die die Bürgerblockregierung Brüning-Schiele mit sich brachte, hat der Landwirtschaft oder besser dem Großagrariertum in steigenden Preisen auf Kosten der inländischen Verbraucher eine Reihe wertvoller Geschenke gebracht. Trokdem die Roggenpreise auf den Weltmärkten bis auf 57 Mark die Tonne im Juli dieses Jahres zurückgingen, stieg der Inlandspreis für Roggen seit Anfang April von 145 auf 177 Mark die Tonne, während die Terminpreise für Dezember 1930 sich bereits jetzt auf 195,50 Mark stellen. Das Brotgetreide zur Förderung des menschlichen Roggenverbrauchs und der erhöhte Weimahlungsgrad für Roggen (gegenwärtig 50 Proz. nach der Ernte 60 Proz.!) bedeuten, da die Roggenfütterungsration der Regierung (Eisvogel) auch im neuen Jahr beibehalten werden soll, eine Steigerung des Roggenverbrauchs um mindestens eine Million Tonnen im Jahr. Die Heraushebung der Fleischölle, die Verschärfung der Verwaltungsbestimmungen bei der Fleischzufuhr und das Verbot der Gefrierfleischzufuhr haben bereits jetzt eine Wiedereinfuhr von etwa 260 000 Rindern zur Folge gehabt. Gleichzeitig sollte der Fettmarkt durch die Erhöhung des Talgpreises auf 20 Mark je Doppelzentner und durch den Fettbeimischungsgrad zur Margarine geschützt werden, ohne daß auf die Proteste der Frachleute, die mit Recht in der Beimischung von Tierfetten eine Qualitätsverschlechterung der Margarine erblickten, gehört worden wäre. Der Kartoffelmarkt wurde endlich durch die Schaffung des Sprei-beimischungs-zwanges zu mineralischen Rotorentreibstoffen (Benzin) gestützt, indem hierdurch ein Wehrverbrauch an Kartoffeln in Höhe von etwa 300 000 Tonnen im Jahr gewährleistet wird. Durch einen Zusatz zum deutsch-finnischen Handelsvertrag, der den Butterzoll auf 27,50 Mark festgelegt hatte und so die Ausnutzung des vom Reichstag beschlossenen Butterzolls in Höhe von 50 Mark unmöglich machte, wurde diese Bindung beseitigt. Finnland wurde durch die Zustimmung, daß Deutschland in diesem Falle ein vereinbartes größeres Butterkontingent abnehmen würde, auf Kosten der übrigen ausländischen Butterlieferanten entschädigt. Von der unter dem Einfluß des Landbundes stehenden Bürgerblockregierung wurde die damit verbundene Verschlechterung der handelspolitischen Situation Deutschlands und die Gefährdung unseres Industrieexports, auf die selbst von Unternehmerseite mit Nachdruck hingewiesen wurde, scheinbar ledigen Herzens in Kauf genommen. Bonifikationen, vor allem in Holland und Dänemark, gegen aus Deutschland eingeführte Industrieerzeugnisse weisen auf die Bedrohlichkeit der Lage hin.

Die anhaltende Flüssigkeit auf den Geldmärkten hat sich trotz mancher Hoffnungen noch immer nicht in einer ausreichenden Versorgung der Weltwirtschaft mit langfristigen Krediten äußern können. Die scheinbar hohe Summe der Auslandsanleihen, die Deutschland im ersten Halbjahr 1930 aufwies, waren allein durch die Beträge der Young- und Kreuger-Anleihe bedingt, während die übrigen Auslandskredite, die langfristig hereinkamen, sogar hinter dem Durchschnitt der betreffenden Monate in den Jahren 1926 bis 1928 zurückblieben. Die tatsächliche Besserung unserer Kapitalversorgung kommt allein in den billigeren Zinssätzen zum Ausdruck, wie sie die Ausgabe lieben- und achtprozentiger Pfandbriefe mit sich brachte. Die Stagnation, die den Kapitalmarkt gegenwärtig auszeichnet, ist zugleich Ausdruck der geringen Wirtschaftstätigkeit. Abnehmende Beschäftigung, sinkender Rohstoffbedarf und infolge der Arbeitslosigkeit verminderte Lohnzahlungen haben zu einem geringeren Bedarf an Betriebsmitteln und Betriebskrediten geführt. Die Rückzahlung kurzfristiger Auslandsgelder ist in den letzten Wochen bereits in Gang gekommen. So hat das Reich aus dem Erlös der Kreuger-Anleihe den vorjährigen 50-Millionen-Dollar-Kredit abgedeckt, und auch die Banken scheinen ihre Auslandsverbindlichkeiten allmählich zu verringern, worauf die Deviseneingänge der Reichsbank hindeuten. Erst eine Anpassung der Kapitalmarktgröße an die gesunkenen Geldmarktsätze dürfte eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit hervorrufen. G. K.

Betrieb und Wirtschaft

Entschädigung der Wegunfälle.

Durch Gesetz vom 14. Juli 1925 wurden die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung (RVO.) 3. Buch (Unfallversicherung) in vielen wesentlichen Punkten abgeändert. Es wurde u. a. § 345a erlassen, in dem bestimmt wurde, daß als Beschäftigung in einem der Unfallversicherung unterliegenden Betrieb auch der Weg zur und von der Arbeitsstätte gilt. Mit dem Erlaß dieser Bestimmung war eine seit vielen Jahren von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhobene Forderung erfüllt. Seit Inkrafttreten der neuen Bestimmung sind nun fünf Jahre verfloßen, ein Zeitraum, in dem selbst bei so vielfältigen Unfallmöglichkeiten viele auftretende Zweifel geklärt und bestimmte Richtlinien für die Auslegung der Gesetzesbestimmungen geschaffen sein können. Die Berufsgenossenschaften legten die neuen Bestimmungen, wie nicht anders zu erwarten war, streng wörtlich und im engeren Sinne aus, so daß es den Entscheidungen des Reichsversicherungsamts (RVA.) überlassen bleiben mußte, den sozialen Gedanken der neuen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Bisher sind über die kritischen Punkte zahlreiche Entscheidungen des RVA. ergangen, die sowohl den Beginn und das Ende des Weges zur und von der Arbeitsstätte als auch den Inhalt des Begriffes "Weg" so feststellten, daß davon gesprochen werden kann, daß jetzt einigermaßen klares Recht geschaffen ist. Die ersten Zweifel traten über die Frage auf, wo der Weg zur Arbeitsstätte beginnt. Hier hat das RVA. entschieden, daß der Weg mit dem Verlassen der Wohnung beginnt. Es wurde ebenfalls bestimmt, was noch als Wohnung zu betrachten ist. Bei einem in einem Garten liegenden Einfamilienhaus wurde z. B. der 6 Meter lange Gartenweg, der zur Straße führte, noch als zur Wohnung gehörig betrachtet und die Entschädigung des auf dem Gartenweg eingetretenen Unfalles abgelehnt. Desgleichen wurde in einer anderen Entscheidung der Hof eines landwirtschaftlichen Anwesens als noch zur Wohnung eines in dem Anwesen wohnenden verunglückten Arbeiters gehörig betrachtet und die Entschädigung abgelehnt, weil der Weg erst an der Grenze des Hofgrundstückes beginnt. Ein Versicherter erlitt einen Unfall beim Nachhausekommen und Aufhängen eines Kleiderstückes in der Küche. Wurde nicht mehr als Unfall auf dem Heimwege anerkannt, weil der Verletzte die Wohnung, die nicht mehr zum Weg zählt, bereits betreten hatte. In einem Mehrfamilienhaus, in dem sich in verschiedenen Stockwerken abgeschlossene Wohnungen befinden, wurde die Treppe bereits als Weg zur Arbeitsstätte angenommen, die gleiche Auffassung blühte wohl auch Platz greifen, wenn sich ein Unfall außerhalb des Wohnungsbereichs vor Betreten der Treppe ereignet. In einem anderen Falle dagegen, in dem in einem Hinterhaus nur eine Wohnung vorhanden war und die zur Wohnung führende Treppe nur vom Wohnungsinhaber benützt werden konnte, wurde die Treppe, auf der sich der Unfall ereignete, noch als zur Wohnung gehörig erklärt und die Entschädigungsansprüche abgelehnt. Ein Versicherter wohnte im zweiten Stockwerk eines Anwesens, seine Schlafkammer hatte er aber im vierten Stockwerk des gleichen Anwesens. Der Weg vom vierten Stock zum zweiten Stock, auf dem sich ein Unfall ereignete, wurde nicht als Weg zur Arbeitsstätte betrachtet, weil dieser erst mit dem Verlassen der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung beginnt. Wenn ein Versicherter, der auswärts eine Familienwohnung hat, wegen der weiten Entfernung aber noch eine zweite Unterkunft, eine Schlafstelle oder ein möbliertes Zimmer gemietet hat, so gilt nur der Weg von der Schlafstelle oder dem möblierten Zimmer zur Arbeitsstätte und nicht als verliert, nicht aber der Weg zwischen der eigentlichen Wohnung und der Schlafstelle. Es werden auch die Wege zur Rückkehr zur Familie am Wochenende in diesem Falle nicht als unter den Versicherungsschutz fallend betrachtet. Ein anderer Arbeiter wohnte die Woche über in einem Unterkunftsraum des Betriebes. Er erlitt am Wochenende auf dem Wege zu seiner auswärts wohnenden Familie einen Unfall, der aber nicht als Betriebs- oder Wegunfall anerkannt wurde, weil der Verletzte auf einer "privaten Befehlsfahrt" verunglückt ist. Viele Entscheidungen liegen auch bereits vor und über die Fragen, was noch als direkter Weg zu betrachten ist und inwieweit Abweichungen oder Unterbrechungen des Weges noch als unter die Versicherung fallend angenommen werden. Wenn der direkte Weg im eigenwirtschaftlichen Interesse unterbrochen wird durch private Besorgungen, so treten neue Zweifel auf, die das RVA. dahin entschieden hat, daß geringfügige Abweichungen, kurze Unterbrechungen und kleinere Besorgungen den Zusammenhang mit dem Betriebsweg nicht aufheben. So ist z. B. einem Versicherten, der einen Unfall beim Aufsuchen eines Friseurgeschäftes erlitt, dieser als Unfall

auf dem Wege zur Arbeit anerkannt worden. Bei einem Arbeiter, der auf einem Umwege tödlich verunglückte, war der Anlaß zur Einschlagung des Umweges nicht mehr aufzuklären. Die Witwe nahm an, daß sich ihr Mann entweder Hustenbonbons kaufen oder seine Invalidentarte umtauschen wollte. Der Tod wurde als Ursache eines entschädigungspflichtigen Unfalles anerkannt, weil der Umweg nur eine unwesentliche Veränderung des direkten Weges war. In einem anderen Falle hat ein Versicherter eine etwas abgelegene Bedürfnisanstalt aufgesucht. Da es sich ebenfalls nur um einen kurzen Umweg gehandelt hat, wurde die Verletzung als Betriebsunfall entschädigt. Wenn größere Umwege eingeschlagen werden oder längere Unterbrechungen stattfinden, wird der Zusammenhang mit dem Betrieb als gelöst betrachtet. Bei einem Arbeiter, der auf dem Heimwege eine entgegengesetzte Richtung zum Zwecke des Einkaufes von Lebensmitteln bei einem weiter entfernt wohnenden Händler eingeschlagen hat und vor Rückkehr auf den gewöhnlichen Heimweg verunglückte, wurden die Unfallansprüche abgelehnt, weil der Zusammenhang als gelöst betrachtet wurde. Ein Weg kann auch durch Wirtschaftsbesuch unterbrochen werden. Wird die Unterbrechung zu lange ausgedehnt und der Wirtschaftsbesuch selbst als überflüssig betrachtet, so erfolgt Ablehnung der Ansprüche. So ist bei einem Arbeiter, der sich nach Arbeitsende etwa 10 Minuten in einem Wirtschaftsbesuch aufhalten und zwei Schnäpse getrunken hat, auf dem Heimwege über eine stelle Böschung hinab in einen Fluß stürzte und ertrank, der Tod als Folge eines Wegunfalles anerkannt worden. Desgleichen in einem anderen Falle, in dem der Wirtschaftsbesuch etwa eine halbe Stunde dauerte. Diese Zeit wurde nach angeregter Tagesarbeit als Erholungspause betrachtet, die dem Arbeiter Gelegenheit gab, zwei Glas Bier zu trinken und ein Butterbrot in Ruhe zu verzehren. In einem anderen Falle, in dem der Wirtschaftsbesuch sich auf 2 1/2 Stunden ausdehnte, erfolgte Ablehnung der Ansprüche. Es wurde nicht verkannt, daß eine Erfrischung nach der Arbeit erforderlich gewesen sein mag, der Zeitraum von 2 1/2 Stunden war aber so erheblich, daß dadurch der Zusammenhang mit dem Betriebsweg gelöst wurde. Ein 1 1/2stündiger Wirtschaftsbesuch hat nach einer Entscheidung des RVA. den Zusammenhang mit dem Betrieb unterbrochen, in einem anderen Falle dagegen nicht. Ein Versicherter arbeitete von früh 8 1/2 Uhr bis mittags 12 Uhr. Auf dem Heimwege besuchte er eine am Weg gelegene Wirtschaft und dort sein Mittagessen einzunehmen. Nach 1 1/2stündigem Aufenthalt fuhr er nach Hause, ruhte sich wiederholt im Straßengraben aus und verunglückte auf dem letzten Stück des Weges tödlich. Der Unfall wurde anerkannt und entschädigt, weil die Stärkung vor Antritt des 15 Kilometer langen Weges einem natürlichen Bedürfnis entsprach, der Arbeiter seit dem frühen Morgen tätig war und nichts gegessen hatte. Im anderen Falle handelte es sich um einen Versicherten, der Holz zur Bahn fuhr und mit abgeladen hatte. Er erlitt, nachdem er sich 1 1/2 Stunden in der Bahnhofs-Wirtschaft aufgehalten hatte und stark betrunken war, auf dem Nachhausewege mit dem Fuhrwerk eines gleichfalls betrunkenen Fuhrwerkbesizers einen Unfall, der nicht entschädigt wurde, weil der lange Aufenthalt in der Wirtschaft durch die vorhergehende Betriebsamplitude nicht bedingt war. Der Weg war nicht mehr ein Weg von der Arbeitsstätte, sondern ein Weg vom Wirtschaftshaus nach Hause. Daß eine Ausdehnung des Unfallschutzes auf die Wegunfälle notwendig war, zeigt die große Anzahl von Unfällen, die sich alljährlich auf dem Wege zur und von der Arbeitsstätte ereignen. Die neuen Bestimmungen sind erst Mitte des Jahres 1925 erlassen worden, so daß für dieses Jahr Angaben nicht gemacht wurden. Im Jahre 1926 sind bei den Berufsgenossenschaften 2793 Wegunfälle erstmalig entschädigt worden. Der Bericht für 1927 läßt auch die Zahlen der gemeldeten Unfälle erkennen, es waren 37 600, von denen rund 4000 entschädigt wurden. Genauere Angaben und eine besondere Aufschlüsselung enthält die Unfallursachenstatistik des Jahres 1928. Gesamtzahl 51 518, davon 4458 entschädigt. Es ereigneten sich bei Versicherten als Fußgänger ohne Zutun anderer Personen (Fall und dergleichen) 14 270 Unfälle, mit Zutun anderer Personen (Ueberfahrenwerden) 4 090 Unfälle, als Fahrer er ohne Zutun anderer Personen (Sturz usw.) 17 722, mit Zutun anderer Personen (Zusammenstoß usw.) 9968 Unfälle und als Insassen von Pferde- oder Kraftfahrzeugen, Eisenbahn 5042 Unfälle. Auffallend ist, daß von einer so großen Anzahl gemeldeter Unfälle nur eine unverhältnismäßig geringe Zahl entschädigt werden. Wenn auch bei den meisten Unfällen Erwerbsbeschädigung über den Abschluß des Heilverfahrens hinaus nicht besteht, so wird man doch in der Annahme nicht fehlgreifen, daß vielfach Ablehnungen der Ansprüche erfolgen und sich die Verletzten damit

abfinden, weil sie über den Inhalt der gesetzlichen Bestimmungen und über die vom RVA. in Häufiger Rechtsprechung aufgestellten Grundsätze nicht entsprechend unterrichtet sind.

Entscheidendes Mitbestimmungsrecht der Versicherten bei Neugründung von Krankenkassen.

In unserer Zeitung haben wir wiederholt darauf hingewiesen können, daß mit der Gründung von Innungs- und Krankenkassen der größte Unflug getrieben wurde. Ein Mitbestimmungsrecht der Versicherten bestand nicht, so daß es vorkommen konnte, daß Krankenkassen mit zwanzig Mitgliedern gebildet wurden. Die beteiligten Arbeitnehmer waren in der Mehrzahl mit einer solchen Gründung nicht einverstanden, da sie sehr wohl erkannten, daß diese Krankenkassen nicht leistungsfähig genug sein konnten. Selbst wenn die Arbeiterkraft geschlossen gegen die Gründung einer solchen Kasse aufgetreten wäre, hätte es nichts genützt, denn der § 251 der Reichsversicherungsordnung bestimmte, daß vor Errichtung einer Innungsstufe der Gesellensauschuß nur zu hören ist. Ein Recht irgendwelcher Art war ausgeschlossen. Etwas moderner war die Gründung einer Betriebskrankenkasse vorgeschrieben. Hier bestimmte der § 245 der RVO., daß eine Gründung der Kasse die Zustimmung des Betriebsrates haben muß und daß Fabrikbetriebe dauernd über 150 Beschäftigte haben müssen.

Die bisherigen Bestimmungen der RVO. standen in kräftem Widerspruch zum Artikel 161 der Reichsverfassung, der folgenden Wortlaut hat: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter und Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

Das Anhören des Gesellensauschusses kann beim besten Willen nicht als maßgebende Mitwirkung angesehen werden. Das Unrecht wurde nicht kleiner, wenn man in Betracht zieht, daß die Versicherten zwei Drittel der Beiträge zu zahlen haben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Innungen mit ihren Rechten Mißbrauch treiben konnten. Denn es belag doch sehr viel, wenn nachgewiesen werden konnte, daß über 20 Proz. aller Innungsstufen weniger als 150 Mitglieder haben. Nach außen waren diese Innungen leistungsfähig, indem die Statuten alles vorschreiben konnten, unter anderem auch, daß Kranke in Erholungsheime geschickt werden können. In Wirklichkeit aber nur auf dem Papier, da diese Kassen niemals die Mittel aufbringen konnten, um diese Einrichtungen benutzen, geschweige denn erwerben zu können. Was kann zum Beispiel die Sattler- und Tapeziererinnungsstufe Neumünster leisten, die zwei Sattlergehilfen und einen Tapezierergehilfen als Mitglied hat, dazu aber annähernd 50 Lehrlinge?

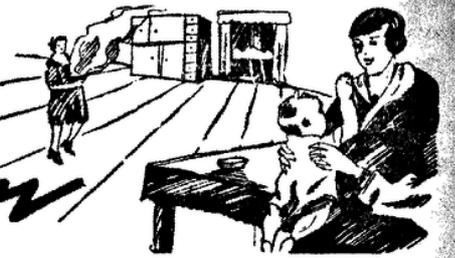
Die mit so großem Recht angegriffene Novellierung des Reichspräsidenten vom 28. Juli 1930 hat in diesen Punkten wenigstens etwas Erfreuliches gebracht, indem dem § 225 ein § 225a angefügt wird. Er lautet: „Krankentafeln dürfen nur errichtet werden, wenn die Mehrheit der abstimmbenden beteiligten Arbeitgeber und die Mehrheit der abstimmbenden beteiligten volljährigen Arbeitnehmer zustimmen. Die Abstimmung erfolgt getrennt nach Gruppen; sie ist geheim.“ Des weiteren hat der § 279 der RVO. die Bestimmung erhalten, daß die Innungsstufe geschlossen wird, „wenn ihr Mitgliederbestand weniger als 150 beträgt“.

Mit diesen Änderungen ist erreicht, daß ohne Zustimmung der Versicherten Krankentafeln nicht gegründet werden können, denn der § 225a gilt für alle Kassen. Außerdem gibt es Innungen unter 150 Mitglieder für die Zukunft nicht mehr. Es können sich aber kleinere Zusammenschlüsse, doch ist Mißbrauch von Versicherten leicht vorzubeugen.

Die Aufgabe der Versicherten und damit der Gewerkschaften, die Interessen der Arbeiterklasse besser wahrzunehmen, ist durch die neuen Bestimmungen wesentlich gefördert worden. Der kleine Interessentstandpunkt der Innungen, der gerade bei Gründung von Kassen vorherrschend war, hat vielfach die eigentliche Aufgabe einer Kasse unterbrochen. Jetzt liegt es an der Arbeiterkraft selbst, Hand anzulegen und zu arbeiten. Durch Beschlußkraft der Versicherten entstehen den Gewerkschaften mehr noch als bisher unmittelbare Aufgaben denn ihre Arbeit wird es sein, bei vorkommenden Fällen die Versicherten zusammenzubringen und ihnen den Wert großer leistungsfähiger Kassen vor Augen zu führen. Auch in der Sozialversicherung gilt dasselbe, was bei den Gewerkschaften festzuhalten ist: Je fruchtbarer konzentriert, desto besser die Leistungen. A. B.



Freien und Familien



Kalktreuters Reinfall.

Herr Kalkreuter hatte wie viele Lederwarenfabrikanten das ganze Jahr über (spott)schlecht zu tun. Im Sommer wurde die Beschäftigung so schlecht, daß er sich mit dem Gedanken trug, ganz zu schließen. Da kam wie eine unerhoffte Erbschaft ein großer Auftrag auf einen alten Artikel und dieser Auftrag war sehr eilig. Unser Herr Kalkreuter hätte nun mit diesem Glückszufall zufrieden sein können. Aber nein! Er wollte noch ein Extraprofitchen machen! Als er sein Kalkulationsbuch aufschlug und nach dem Arbeitslohn sah, stutzte er und schüttelte den Kopf. Der Preis war doch ganz entschieden zu hoch! Sofort setzte er sich mit seinem Meister hin und beide rechneten nun solange, bis sie glücklich einen neuen Preis herausgekriegt hatten, der um 10 Proz. niedriger war. „Sehen Sie!“ sagte darauf triumphierend der tüchtige Chef. Und als der Meister sehr skeptisch zur Antwort gab: „Wer weiß, ob die Arbeiter damit zufrieden sind“, lachte er: „Keine Sorge, das werde ich schon machen!“

Als am nächsten Tage einer seiner alten Arbeiter zum Viefern kam, teilte ihm Herr Kalkreuter persönlich das unerhoffte Glück mit. Aber er fügte recht wehleidig hinzu: „Ach verdiane an dem Krempel nichts. Ich tue es nur, damit wir Arbeit haben!“ In seiner freudigen Heberatschung achtete der Arbeiter nicht darauf, ging fröhlich fort, als hätte er unermutet in der Lotterie gewonnen, und als er auf der Treppe den Betriebsrat traf, hielt er ihn an und teilte ihm brühhwarm die große Neuigkeit mit. Zu Hause machte die gute Seele rasch die paar Dugend fertig, die er mitbekommen hatte und fuhr dann ein paar Tage später, ein fröhliches Päckchen vor sich hinfummend, mit der fertigen Ware nach dem Geschäft. Wie lachte sein Herz, als nach der Ablieferung der Meister ihm nach langer Zeit wieder einen großen Posten auf den Lieferzettel stellte, den ersten Posten der großen Bestellung. In seiner Herzensfreude sah er sich auch den Lieferzettel gar nicht an. Was sollte denn auch Neues für ihn draufstehen? Erst als er zu Hause war und den Zugschnitt ausgepackt hatte, warf er einen Blick darauf und nun stutzte er. Donnerwetter! Das war ja ein ganz anderer Preis! Sofort frant er die alten Lieferbücher hervor, die er vorsichtigerweise noch aufgehoben hatte, sah alle bis zur letzten Seite ganz genau nach und schrieb sich außerdem noch auf, wann er geliefert hatte, um seinem lieben Chef genau zu beweisen, daß der Preis im ganzen Leben nicht stimmen könne. Nach solchen Vorbereitungen machte er in aller Seelenruhe die Arbeit fertig, steckte sich vorsichtshalber die Lieferbücher als Beweisstücke ein, fuhr nach dem Geschäft und hielt hier dem Meister das letzte Buch und den Lieferzettel mit dem falschen Preis unter die Nase.

Zu seinem größten Erstaunen warf der Meister nicht einen Blick auf dieses wichtige Beweisstück, sondern zuckte nur die Achsel und brummte: „Ja, dafür kann ich nicht. Das müssen Sie mit dem Alten abmachen.“ Mit diesen Worten ging er ins Kontor und kam gleich darauf mit dem lieben Chef zurück.

„Aber lieber Mann“, rief dieser dem Heimarbeiter entgegen, „habe ich Ihnen nicht gleich gesagt, daß das ein sehr gedrückter Auftrag ist?“

Der Arbeiter sah ihn groß an. „Das ist doch nicht der richtige Preis! Hier bitte!“ Damit reichte er auch ihm das alte Preisbuch hinüber. Doch Kalkreuter schüttelte nur den Kopf, sah unleren Heimarbeiter mitteilidig an, als wenn der nicht mehr richtig in Oberbüchsen wäre und dann setzte er diesem Begriffsstutzigen haarfeln auseinander, daß er beim besten Willen nicht mehr gehen könne, weil er selbst nichts an dem Auftrag verdiene. Der Arbeiter blieb hartnäckig dabei, es ist der alte Preis, er ist immer bezahlt worden. Da schwoh unserem Kalkreuter die Hornesader, wütend rief er diesem Querkopf von Arbeiter zu: „Na Herr, Sie können doch nicht verlangen, daß ich bares Geld zugebe... jawohl, bares Geld!... Wenn Sie es nicht dafür machen wollen, lassen Sie den Kram liegen. Weiter habe ich aber nichts für Sie!“ Sprachs, drehte sich ganz kurz um und ging in sein Kontor zurück. Der alte Heimarbeiter sah erst den Zugschnitt und dann den Meister an. „Na, ja“, meinte der, „böse Zeiten.“ Dann redete er ihm zu: „Nehmen Sie doch schon. Ehe Sie gar nichts haben. Besser geleiert wie gejeiert.“

Da stieß der alte Mann einen tiefen Seufzer aus, packte schweigend seinen Zugschnitt ein und verließ mit finsternem Gesicht den Raum. Vor der Haustür angekommen überlegte er einen Augenblick, ob er gleich nach Hause fahren sollte. Darauf wandte er sich kurz entschlossen und ging statt nach der Bahn — schrägüber in das Lokal, in dem sie sich sonst immer trafen. Vielleicht war der Betriebsrat noch da.

Richtig stand dieser mit einem anderen Kollegen an der Schenke. Als jener den Alten mit dem vollgepackten Viefertasten eintreten sah, rief er so laut durchs Lokal, daß die anderen Gäste sich umdrehten: „Jetzt kommt Albrecht, der hat wieder mal seinen Schnitt gemacht!“ Doch Albrecht lachte ihm nicht wie sonst entgegen, er machte vielmehr ein Gesicht, als wenn ihm die Felle fortgeschwommen wären, und setzte sich recht gedrückt auf einen Stuhl. Sogleich kamen die beiden Freunde zu ihm heran und fragten ihn, was ihm denn in die Quere gekommen sei. Da machte der Enttäuschte seinem Herzen Luft und erzählte ihnen, wie böse ihm soeben missgespielt sei. Zuerst sahen sich die beiden erstaunt an, dann rief der Betriebsrat: „Na, das wäre ja noch schöner! So was gibt es doch gar nicht!“ Und eins, zwei, drei war er aus dem Lokal und hinüber zum Chef.

„Bin mirklig gespannt, was er ausrichten wird!“ jagte der zurückgebliebene Kollege und sah dem Davoneilenden durchs Fenster nach. Nach einer

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen, Sie wird von außen nicht erprebt. Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen Im eignen Busen sich belebt.

Willst du den Kampf, den großen, wagen, So setz zuerst dich selber ein! Wer fremde Fesseln will zerbrechen, Darf nicht sein eigener Sklave sein.

Das Glück ist eine leichte Dirne Und weilt nicht gern am selben Ort. Sie freicht das Haar dir von der Stirne Und küßt dich rasch und flattert fort.

Fran Ungläuk hat im Gegenteile Dich liebeft aus Herz gedreht; Sie jagt, sie habe keine Eile, Setz dich zu dir ans Bett und fricht.

Heinrich Heine.

ganzen Weile kam ein dritter Kollege mit seinem Lieferkasten ins Lokal und konnte nicht genug davon erzählen, wie sich Kalkreuter mit seinem Betriebsrat herumstritt. Es verging wieder eine ganze Zeit. Dann kam der Betriebsrat zurück, ganz rot im Gesicht vor Aufregung und jagte zuerst weiter nichts als: „Nichts zu machen!“ Erst nachdem er sich durch einen Schluß gekürt hatte, erzählte er ihnen, daß der Alte absolut nicht mehr geben wolle. Eher lasse er den ganzen Auftrag schießen.

„Was nun?“ riefen die anderen wie aus einem Mund. „Ich gebe nach dem Verband. Das lasse ich nicht steden!“ gab ihnen der Betriebsrat kurz und bündig zur Antwort. Der zuletzt gekommene Heimarbeiter zuckte sehr skeptisch die Achsel: „Was soll da der Verband machen!“ „Na, das wäre noch schöner“, rief der Betriebsrat, ließ die Kollegen kaum ihr Bier austrinken und drängte: „Kommt, kommt!“

Im Verbandslokal staunten die Anwesenden nicht wenig, als drei schwerbeladene Heimarbeiter mit ihren Lieferkästen hereinpaziert kamen. Noch mehr staunten die Angestellten, als ihnen die Heimarbeiter den Streich des wohlbestannten Herrn Kalkreuter mitteilten. Zuerst nickten sie zustimmend, als der Betriebsrat sagte, daß der Verband dem Kalkreuter ordentlich aufs Dach steigen sollte. Als aber der eine Heimarbeiter, der schon im Lokal nicht recht an den Erfolg glauben wollte, einwarf, daß Kalkreuter doch den einen oder den anderen finden würde, der ihm den Gefallen tue, bedachte sich doch der eine Angestellte und gab ihnen schließlich den guten Rat, zu einer Werkstatfzung zusammenzukommen und sich dort einig zu werden, damit keiner aus der Reihe tanze. So ward denn auch beschlossen und unser Betriebsrat trollte sich mit den vier Kollegen. Er fuhr aber nicht nach Hause, sondern zu dem zweiten Betriebsrat, um dem gleich die Neuigkeit zu bringen. Noch ganz erregt von dem Vorgefallenen erzählte

er dem Kollegen alles und schloß mit der zuverlässigen Bemerkung, daß er dem verdamnten Kalkreuter schon das Handmerk legen werde. Allein sein Gegenüber stimmte ihm nicht freudig zu, wie er sicher erwartet hatte, sondern machte ein Gesicht, als sollte er über einen viel zu breiten Graben springen, neigte unschlüssig das Haupt und gab ihm nach einer Weile zur Antwort: „Wer weiß, ob wir damit durchkommen. Der Kalkreuter ist ein viel zu schlauer Fuchs. Der kriegt es fertig und läßt den Auftrag zurückgehen. Dann sind die Kollegen die Arbeit und den Verdienst los!“ Er war auch durch noch so vieles Reden nicht von seinem Kleinmut abzubringen und deshalb gab es der Betriebsrat schließlich auf und war schon damit zufrieden, daß dieser Angstreiter mit der Werkstatfzung einverstanden war. Viel trüber als er heraufgestiegen war, stieg er wieder die Treppe hinab. Wenn der schon so schwarz sah, was machten erst die anderen Jagen. Das würde ja eine schöne Werkstatfzung werden!

Die Werkstatfzung kam. Unser ahnungsvoller Betriebsrat versuchte vergebens, seine lieben Kollegen zu einem energischen Beschluß gegen die Firma zu bewegen. Nur aus wenigen Augen bligte ihm eine volle Zustimmung entgegen. Die meisten sahen sich recht unschlüssig an. Nach einer ganzen Weile meldete sich der zweite Betriebsrat, und sagte steilaut: „Vielleicht ist es besser, wir unterhandeln noch einmal und versuchen, ob wir nicht wenigstens etwas herauszuschlagen können!“ Der Betriebsrat wollte seinem kleinmütigen Kollegen zuerst eine recht gepfefferte Antwort geben. Als er sah, daß die allermeisten jenem zunkigten, schloste er die Antwort herunter und blickte ratlos den Verbandsvertreter an, der bis jetzt schweigend neben ihm gesessen hatte. Der stügte den Kopf schwer auf den Arm und nach Aufklärung der Kollegen über ihre Rechte und als er noch erfahren hatte, daß der Auftrag eilig ist, rief er der Verammlung zu: „Na, Kinder, dann würde ich es vor allem riskieren und keinen Pleinist abhandeln lassen.“ Dann redete er ihnen zu, daß doch nicht ins Bockshorn jagen zu lassen, sonst hätten sie die längste Zeit ihre alten Preise gehalten und sie könnten am Ende noch für ein Butterbrot arbeiten. Das leuchtete schließlich auch den Verzweiftesten ein, und als dann noch andere für ein kräftiges Aufstehen gesprochen hatten, da lehrte auch bei den Ungläubigsten unter ihnen das Vertrauen wieder und alle Hände hoben sich hoch, als beschlossen werden sollte, ob der Verband am nächsten Morgen bei ihrem lieben Chef vorstellig werden sollte.

Das Gesicht hätten die Heimarbeiter sehen müssen, das Herr Kalkreuter machte, als der Verbandsvertreter ihn am Telephon um eine Unterrebung ersuchte. Kergerlich jagte er zu seinem Werkmeister: „Jetzt schickt mir die Bande richtig wieder den Verband auf den Hals!“

Noch größer war sein Zerger bei der Verhandlung. Was führte der geriffene Fuchs nicht alles an, um die Herzen der Herren vom Verband und der Betriebsräte für sich zu gewinnen! Zuerst erzählte er ihnen wieder, daß er bei dem Auftrag bares Geld zulegen müsse. Als er dabei nur auf unglückliche Gesichter stieß, versuchte er zu drehen, daß ihm die Arbeitslosen das Haus einliefen und ihm die Arbeit noch billiger machen würden. Auch bei dieser Drohung knickten die Beschwerdeführer nicht zusammen, im Gegenteile mußte er sich vom Verbandsvertreter Jagen lassen, daß man ihn und die Arbeiter, die sich dazu hergeben würden, wegen Lärmschreck verklagen ausche. Als Kalkreuter das hörte, war er zuerst ganz baff. Das hatte er nicht erwartet. Jörnig nagte er an der Unterlippe, stieß einen schweren Seufzer aus, als wenn er ein großes Opfer bringen mühte, wandte sich an den Meister, der neben ihm stand und gab die Erklärung ab: „Na gut, dann ändern Sie den Preis wieder!“ Damit war die ganze Sache erledigt! Als sich die Kommission von Herrn Kalkreuter verabschiedete, grühte er nur so obenhin, und als sie die Tür hinter sich zugemacht hatten, warf er wütend seinen Weistift auf den Schreibtisch und thurrte: „So eine Raffelbande!“

Draußen auf dem Flur jagte der Betriebsrat zu dem alten Albrecht: „Nun, wie haben wir das wieder gemacht?“

„Gut!“ lachte die alte Seele, „das war richtig Kalktreuters Reinfall.“ Ernst Krepplin.

Ein Wort an die proletarischen Hausfrauen und Töchter zum 14. September.

Der 14. September 1930 wird zu einem Schicksalstag für die deutsche Arbeiterklasse werden. An diesem Tag wird das deutsche Volk entscheiden, welchen Kurs die Reichspolitik in nächster Zukunft zu steuern hat. Zwei Wege stehen nur offen: Einmal besteht die Möglichkeit einer Reichspolitik gegen und zu Lasten des schaffenden Volkes und für Sicherung und Steigerung des Reichtums der Kapitalisten und des hohen Beamtenums. Zum andern ist es möglich, eine Politik zu erzwängen, die auf den Schutz und die Besserstellung des Arbeiterstandes gerichtet ist und den Besitz zur Tragung der sozialen und öffentlichen Lasten (Steuern) heranzieht. Wir fragen: das deutsche Volk wird am 14. September hierüber entscheiden. Da drängt sich die Frage auf: Wie wird denn wohl diese Entscheidung ausfallen?

Wenn irgendein Fremder aus einem fremden Erdteil zu uns käme und wir ihm diese Frage stellen würden, dann käme er uns sicher mit der Gegenfrage: Wieviel Arbeiter und wieviel Besitzende gibt es denn in Deutschland? Wir müßten ihm zur Antwort geben, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes aus Angehörigen der Arbeiterklasse besteht. Was dieser Fremde dann sagen würde? Er würde taugend gegen eins wetten, daß das deutsche Volk sich dann am 14. September für eine Politik entscheiden wird, die auf den Schutz und die Besserstellung des Arbeiterstandes gerichtet ist und den Besitz zur Tragung der sozialen und öffentlichen Lasten (Steuern) heranzieht. Würde er die Wette gewinnen?

Nein vernunftgemäß müßte man mit ja antworten. Man sollte nämlich tatsächlich nicht glauben können, daß das arbeitende Volk gegen sich selbst entscheidet. Wir sagen: man „sollte“ das nicht glauben können. Leider aber lehrt die Erfahrung etwas anderes. In den letzten zehn Jahren hat das deutsche Volk schon öfter Gelegenheit gehabt, die Politik durch den Stimmzettel zu bestimmen. Noch nie aber hat sich bisher eine Mehrheit des Volkes für eine reine Arbeiterpolitik entschieden. Die Mehrheit der Stimmen fiel immer auf die bürgerlichen Parteien, die vornehmlich eine Politik zugunsten des Besitzes betreiben. Worauf beruht diese an sich unglaubliche Tatsache?

Sie beruht auf der Unkenntnis, mit der große Teile des schaffenden Volkes dem wahren Charakter der bürgerlichen Parteien gegenübersehen. Insbesondere sind es große Massen von Arbeiterfrauen und wahlberechtigten Arbeiteröchtern, die ihre Stimmen bei den Parlamentswahlen nicht für ihre — die Arbeiterpartei — sondern für irgendeine bürgerliche Partei in die Wahlurne werfen. Das geschieht in den allermeisten Fällen aus reinen Gefühlsmomenten heraus. Die Frauen urteilen ja überhaupt mehr gefühls- als verstandsmäßig. Das ist bei der proletarischen Hausfrau und Tochter in noch stärkerem Maße der Fall als bei ihren Geschlechtsgenossinnen in den höheren Gesellschaftsschichten. Für die proletarische Hausfrau ist besonders das soziale und wirtschaftliche Zusammenleben der Menschen, sowie der soziale und staatspolitische Lebensprozeß eines Volkes verhältnismäßig untopfiziert und einfach. Sie sieht zu allermeist nur den formalen Verwaltungsdienst im politischen Leben. Der große gigantische Kampf um die jeweilige Verwaltungsordnung und die Bestimmungen und Gesetze, nach denen sich die Verwaltung zu vollziehen hat, ist ihr noch ziemlich fremd. Woran liegt das?

In der Hauptsache daran, daß die Frauen erst nach dem Weltkrieg ihre politische Mündigkeit und Gleichberechtigung erhielten. Sie müssen sich erst in die Politik „einarbeiten“. Und hier müssen alle, die sich schon ein klares Blickfeld geschaffen haben, mithelfen, um ihre proletarischen Schwestern auf das Gebot der Stunde bei der bevorstehenden Stimmabgabe aufmerksam zu machen.

Die kommende Wahlentscheidung am 14. September berührt die proletarische Hausfrau vielleicht am nächsten. Es ist wahrscheinlich weniger Gefahr für die politische Staatsordnung und die Demokratie. Große Gefahr aber besteht für die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt der arbeitenden Klasse und damit für deren Wohlergehen in dem engen Lebenskreis, dem die Hausfrau vorsteht und der bestimmt wird von dem Arbeitereinkommen aus Lohn, Unfall- oder Krankenrente bzw. Erwerbslosenunterstützung.

Bei den Wahlen am 14. September wird buchstäblich über die Höhe dieses Arbeitereinkommens in der nächsten Zukunft mitentschieden. In dem Streit über Erhöhung oder Abbau dieses Arbeitereinkommens ist der letzte Reichstag auseinandergebrochen. Auf der einen Seite standen sämtliche bürgerliche Parteien, die einen Abbau dieses Arbeitereinkommens durchgehen wollten. Auf der an-

deren Seite stand die Sozialdemokratie, die ihre ganze Macht aufbot zur Abwehr solcher Politik. Die Abwehr ist ihr, trotz der verbrecherischen Sabotage einer proletarischen Einheitsfront durch die Kommunisten, mit knapper Not gelangt. Der Reichstag wurde infolgedessen aufgelöst. Wozu?

Nun, da gibt es überhaupt nur eine Erklärung: um endlich eine sichere bürgerliche Mehrheit zu finden, mit der man auch gegen die Sozialdemokratie die Arbeitereinkommen, also das Haushaltsgeld der proletarischen Hausfrau, schmälern kann, um den Besitz schonen zu können. Das ist, vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien gesehen, die einzige Ursache, weshalb der Reichstag aufgelöst wurde, um einen neuen zu wählen. Wäre das nicht die Ursache, dann hätte man den Reichstag gar nicht auflösen brauchen, da ja die Sozialdemokratie bereit war, unter Schonung der Arbeiterschaft für den Staat die notwendigen Verwaltungsgelder mitzubewilligen.

Das also ist es, was heute und für die kommende Wahl am 14. September jede Arbeiterfrau und wahlberechtigte Arbeiterochter wissen muß. Und das ist es, was jede proletarische Frau ihre proletarische Schwester in diesen Tagen lehren muß. Jede Arbeiterfrau ist verpflichtet, über diese Frage mit all ihren Bekannten, Freundinnen, Nachbarinnen und Angehörigen zu reden. Es geht also diesmal nicht nur um die Frage, ob die Sozialdemokratie Mandate gewinnt oder verliert, sondern um die einfache Frage, ob die Sozialdemokratie stark genug ins Parlament einzieht, um den geplanten Anschlag auf das Arbeitereinkommen endgültig abzuwehren. Das ist es ja auch, weshalb die freien Gewerkschaften so offen für die Sozialdemokratie eintreten in diesem Wahlkampf. Sie tun das nicht, um der Sozialdemokratischen Partei einen Gefallen zu erweisen, sondern aus dem einfachsten Grunde, weil nur eine starke sozialdemokratische Partei diesmal die Gewähr bietet dafür, daß die Angriffe des Unternehmertums auf die Arbeiter, die bisher an der Macht der Gewerkschaften zerstreuten, jetzt oder nach dem 14. September, nicht über die Politik und Gesetzgebung zum Erfolge gelangen.

Auch wir rufen deshalb alle unsere Berufszugehörigen, wozu wir die ganze Familie unserer Mitglieder rechnen, ganz besonders aber die Hausfrauen und Töchter, auf, sich bei der Abstimmung auf unsere Seite zu stellen und nicht ihre Stimmen irgendeiner bürgerlichen Partei zu geben. Wer das erstere nicht, oder gar das letztere täte, der würde mit seiner Stimmabgabe nicht nur für die Gegner der Arbeiterschaft, sondern für Lohnabbau, für Abbau der Rente, für Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung und für Schonung des Besitzes stimmen. Deshalb, proletarische Hausfrau und Tochter, wenn du das nicht willst, dann sollst du nicht nur, sondern dann in uß du diesmal für die Partei stimmen, die allein im Parlament die Forderungen der freigewerkschaftlichen Arbeiter vertritt, also für die Sozialdemokratie, für die Liste 1.

Haltungsfehler beim Kinde.

Von Dr. med. Gerth.

DASSE. Man spricht schlechtthin von einer „normalen Haltung“ des Kindes, ohne sich oft im Einzelnen diesen Begriff zu überlegen und darüber im Klaren zu sein! Der Verlauf der Wirbelsäule ist nicht etwa eine gerade Linie, vielmehr weist dieselbe mehrere Krümmungen auf, dergestalt, daß sich eine Ausbuchtung im oberen Halssteil und eine andere im unteren Lendensteil findet, deren Bogen erhaben (convex) nach vorne gerichtet sind. Im Bruststeil jedoch ist die Krümmung entgegengesetzt, hohl (conca) nach vorne. Wir haben diese Abweichungen der Wirbelsäule von dem geraden Verlauf als physiologisch zu bewerten und leben andererseits, daß in den verschiedenen Lebensaltern die Ausbildungen dieser Krümmungen erhebliche Veränderungen aufweisen können. Wannigste Moment, wie Folgen der Belastung der Wirbelsäule, die Art der Beschäftigung und auch vor allem die Entwicklung der Muskulatur sprechen bedeutsam mit. Wenn wir ferner in Erwägung ziehen, daß den Muskeln die Hauptaufgabe zufällt, die aufrechte Haltung zu bewerkstelligen, indem die auf die Wirbelsäule einwirkenden Muskeln direkt oder vermittelst anderer Stellteile mit der Wirbelsäule in Verbindung stehen, so wird uns die Bedeutung dieses Umstandes für die sog. „Haltung“ klar. Denn werden die Muskeln lange Zeit bei der sog. „straffen Haltung“ angepannt und wird von ihnen eine intensive erhöhte Arbeitsleistung verlangt, so werden sie allmählich ermüden und ihren Dienst mehr oder weniger verlassen. So wird sich die Haltung des Oberkörpers verschlechtern und es folgt dem Zustand der straffen Haltung nach und nach die mehr ungewogene „schlaffe Haltung“, bei der die Krümmung der Lendenwirbel-

säule nach vorne vermindert, die der Brustwirbelsäule nach hinten dagegen verstärkt ist. Wollen wir schon von einer sog. „Normalhaltung“ sprechen, so müssen wir diese als etwa zwischen beiden oben angegebenen Haltungen gelegen ansehen.

Unsere Beobachtungen zeigen uns ferner, daß wohl viele Menschen Abweichungen von diesem Haltungstyp aufweisen, trotzdem aber brauchen wir dieses nicht immer als krankhaft (pathologisch) zu bezeichnen. Aber bei genauer Kontrolle des Oberkörpers in unbedecktem Zustande werden wir doch auf Veränderungen, Krümmungen der Wirbelsäule stoßen, die als „Haltungsfehler“ zu bezeichnen sind. Es ist hier zunächst der „flache Rücken“ zu nennen, bei dem die Ausbuchtung der Lendenwirbelsäule nach vorne ebenso der Brustwirbelsäule nach hinten auffallend gering ist, so daß der Rücken glatt wie ein Brett erscheint. So kommt es, daß der Brustkorb bei Betrachtung flach erscheint, während die Schulterblätter nach hinten hängen und die Rippenbögen deutlich vorpringen. Es ist verständlich, daß bei sonst schwächlichen und hochgeschossenen Kindern, die wenig Brustelentw. aufweisen, und bei nachgiebiger Wirbelsäule in früher Kindheit diese Erscheinungen besonders hervortreten. Bei vorhandenem flachen Rücken müssen wir besonders Obacht geben, da auch die Gefahr seitlicher Verkümmungen, (sogenannte „Skoliose“) die hier nicht erwähnt werden sollen, nahe liegt. Im Gegensatz hierzu sei der „hohl-runde Rücken“ erwähnt, bei dem die physiologischen Krümmungen verstärkt erscheinen, also so, daß die Lendenwirbelsäule stark nach vorne, die Brustwirbelsäule stark nach hinten ausgeduldet ist. Familiäre Anlage scheint für diesen Haltungsfehler mitzusprechen, ebenso ist die Schwäche der Muskeln im heranwachsenden Alter dafür mitverantwortlich. Wir müssen zugeben, daß die Beurteilung dessen, was man noch als physiologisch und was schon als pathologisch zu betrachten ist, persönlicher Auffassung des Beobachters unterworfen ist. Außerdem ist noch der sog. „runde Rücken“ zu beachten, der sich besonders bei jugendlichen findet, das weibliche Geschlecht ist meist in stärkerem Grade damit behaftet als das männliche. Wir finden einerseits den „schlaffen Rundrücken“, bei dem die Wirbelsäule als ein großer Bogen nach hinten gewölbt ist, während die Schultern vorgefallen sind und die Schulterblätter flügelartig abstehen. Als Ursache kommen Muskelschwäche, Willensschwäche, mangelhafte Beleuchtung bei der Arbeit, starke Kurzsichtigkeit und andere schädigende Momente meist in Betracht. Wenn auch in den meisten Fällen durch Anspannen der Muskeln der runde Rücken gebessert bzw. bei entsprechenden Übungen ausgeglichen werden kann, so gelingt dies bei einem Teil der Fälle nicht mehr. Die Abweichung der Wirbelsäule ist dann infolge der Beschränkung ihrer Beweglichkeit eine dauernde geworden, wie sie bei schwer körperlich arbeitenden Menschen in gebürdeter Stellung besonders zu beobachten ist. Der Rundrücken ist dann fixiert. Nicht unerwähnt sei noch als Besonderheit der sogenannte „Buckel“ des Kleinkindes als Folge der Nachtisch-Rechtzeitige ärztliche Lieberwachung und Behandlung ist dringend anzuraten! Für die Behandlung der Haltungsfelder sind somit Liebesübungen zu empfehlen, vor allem auch das Schwimmen, Radfahren dagegen ist zu verbieten. Ferner sind Gymnastik zum Ausgleich und zur Kräftigung der Muskeln, Haltungsübungen, Atemübung, Brustforbphyse anzuwenden, wobei besonders auf die prägnante Ausführung der vorgeschriebenen Übungen das Hauptgewicht zu legen ist. Daß dies am besten auf ärztlichen Rat und unter ärztlicher Anleitung, wenn möglich unter entsprechender Kontrolle zu geschehen hat, ist selbstverständlich. Bei entsprechendem Willen und entsprechender Ausdauer wird man dann sehr wohl die „Haltungsfelder“ des Körpers verbessern und schlimmeren Folgen zum Besten seiner Gesundheit vorbeugen können.

Konsequenz.

„Warum verprügeln Sie denn Ihren Hund so jämmerlich?“

„Das Vieh hat mir die Mitgliedskarte vom Tierchutzverein zerissen!“

* * *

Aus der Schule.

Der kleine Paul kommt aus der Schule. Die Mutter fragt, was er heute in der Schule gelernt habe.

„Mutti, heute haben wir in der Schule im Diktat geschrieben, wie reich du bist.“

„Ach?“

„Ja, Mutti.“

Der kleine Paul packt das Diktatbest aus, und da steht: „Dem Muttiichen gehört die Welt!“

(Aus dem „Wahren Jacob“.)

Aus Beruf und Verband

Zur Kündigung des Ledertreibriemen-Reichstarifes.

Der Reichsverband der Arbeitgeber für die Ledertreibriemenindustrie hat bekanntlich den Reichsmanteltarif, der mit verschiedenen Abänderungen seit 1920 die sozialen Bedingungen für die Beschäftigten in dieser Industrie regelt, zum 30. September dieses Jahres gekündigt.

Das Arbeitgeberorgan „Ledertreibriemen und technische Lederartikel“, das zugleich Publikationsorgan der Ledertreibriemenfabrikanten ist, bringt einen Bericht vom 28. Juli über die Jahresversammlung der süddeutschen Gruppe in Stuttgart, wonach man sich auch mit dem Reichstarif und dem Lohnabkommen, das für Bürttemberg-Bayern die Löhne regelt, eingehend beschäftigt hat.

Dr. Mertens, der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, nahm zum Reichstarifvertrag Stellung und verwies darauf, daß die Mehrzahl der Arbeitgeber die Kündigung des Vertrages wünscht. Bekanntlich waren es die Berliner Fabrikanten, die zuerst für die Kündigung eintraten, denen folgte eine Reihe weiterer Bezirksverbände.

Wie immer es auch sei, wir als die Vertreter der Arbeitnehmer haben gleichfalls zu der Sache Stellung genommen und werden unsere Gegenforderungen einbringen.

Am genannten Bericht ist ferner von den besonders berechtigten Wünschen der Arbeitgeber die Rede, von deren Nichterfüllung sie das Weiterbestehen des Reichstarifes abhängig machen wollen. Herr Trumpp, Pfullingen, der den Geschäftsbericht gab, nahm auch Bezug auf die Austritte von Mitgliedern und betonte dabei, daß eine Höpinger Firma ihren Austritt mit der Meinungsverschiedenheit beim letzten Lohnabkommen begründete. Hauptächlich aber deswegen, weil der Arbeitgeberverband bisher nicht den Mut aufbrachte, den Unfallsparagrafen 4 des RTB. (Lohnregelung im Manteltarif) abzuändern.

Soweit das Arbeitgeberorgan. Eine kritische Stellungnahme zu der Sache selbst können wir erst bringen, wenn uns die Abänderungsvorschläge der Arbeitgeber bekannt sind. Trotz Warnung sind die Vorschläge uns noch nicht zugegangen.

Umfang und Bedeutung der Lederindustrie.

Der Enquete-Ausschuß veröffentlicht zur Zeit seine Untersuchungsergebnisse über die Lederindustrie. In den ledererzeugenden und den lederverarbeitenden Industriezweigen Deutschlands werden etwa 250 000 Personen beschäftigt. Die Gesamtumläge belaufen sich auf rund 2,3 Milliarden Mark. Einschließlich der Handwerkszweige in der Lederindustrie werden in der Lederwirtschaft 560 000 Personen beschäftigt. Der Gesamtumfang beträgt 3,4 Milliarden Mark. Die Veredelungsspanne (das ist die Differenz zwischen Verkaufswert und Einkaufswert der Rohstoffe) beträgt rund 1,2 Milliarden Mark. Die verschiedenen Zweige der Lederbranche sind mitnir für die deutsche Volkswirtschaft außerordentlich bedeutungsvoll. Die Mannigfaltigkeit der Betriebsformen in der Lederindustrie ist besonders beachtenswert. Die Hauptzweige der industriellen Lederwirtschaft sind: die Lederindustrie mit einem Produktionswert von 1 Milliarde Mark und die Stragenschuhindustrie mit einem Produktionswert von 850 Millionen Mark. Von Bedeutung ist daneben die Hauschuhindustrie. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch der deutschen Bevölkerung in Hauschuhen beträgt 0,9 Paar im Jahr. Infolge der Gleichförmigkeit der Produkte ist der Arbeitsprozeß stark mechanisiert. Deshalb entfallen von den Gesamtkosten der Hauschuhindustrie auf die Rohstoffe 53 bis 64 Proz., auf die Löhne und Gehälter 14 bis 24 Proz. Der Anteil der fixen Kosten ist also besonders hoch.

Die Treibriemenindustrie erzeugt in 250 Betrieben für 50 Millionen Mark Treibriemen. Infolge der Vielgestaltigkeit der Riemenarten müssen Treibriemen in etwa 500 Abmessungen hergestellt werden. Infolge Verwendung des Elektromotors ist der Treibriemenverbrauch sehr gefallen. Die Lederhandschuhindustrie befindet sich seit Jahren im Stillstand. Immerhin beschäftigt sie noch 12 000 Personen. Von Bedeutung ist, daß das Alter der Handschuhmacher sehr hoch ist. 35,3 Proz. von ihnen sind über 50 Jahre alt, gegen 14,6 Proz. der gesamten industriellen Arbeiterkraft. Der Nachwuchs ist mäßig gering.

Die deutsche Lederwarenindustrie hat sich infolge des veränderten Geschmacks und der rasch wechseln-

den Mode des öfteren umstellen müssen. Insgesamt werden von ihr 37 000 Personen beschäftigt. Der Ausfuhranteil stellt sich für die gesamte Industrie auf ein Drittel, für Portefeuliewaren auf zwei Drittel der Produktion. Das Ausfuhrmonopol vor dem Kriege ist durchbrochen. Länder mit niedrigen Löhnen haben die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt zurückgedrängt. Der interessante Bericht des Enquete-Ausschusses zeigt, daß wir es bei der Lederindustrie mit einem außerordentlich wichtigen Berufszweig zu tun haben. Sie beschäftigt mehr als doppelt soviel Personen als die Schweißereiindustrie.

Rückblick auf den Besuch der Bundeschule des ADGB. in Bernau.

Nachdem wir uns, zehn Kollegen an der Zahl, am Slettiner Vorortbahnhof versammelt hatten, verließen wir unter Führung des Kollegen Gerhardt Berlin. In Bernau eingetroffen, bestiegen wir gemeinsam mit den Kollegen der anderen Verbände die uns bereits erwartenden Postautos, um der Stätte unseres zukünftigen Wirkens entgegenzueilen.

Umrahmt von Kleferwaldungen liegt die Bildungsstätte des ADGB. vor uns. Schon von der Ferne grüßte uns neben der Reichsflagge das Symbol der Arbeiterbewegung: die rote Fahne. Das Auto fuhr die schön angelegte Asphaltstraße, genannt ADGB-Strasse, entlang und hielt vor dem Portal der Bundeschule. Wohl jedem von uns überkam ein eigenartiges Gefühl beim Anblick dieses sonderbaren Baues. Weil dieser Bau so etwas ganz anderes, noch nie Gesehenes vorstellte, war von Begeisterung vorläufig nichts zu spüren. Aber die Stimmung hielt nur kurze Zeit an, um ins Gegenteil umzuschlagen. Nach dem Empfang, der uns von Seiten der Schulleitung zuteil wurde, wurden wir auf unsere Zimmer verwiesen. Je zwei Kollegen bekamen ein Zimmer. Bei der sich anschließenden Besichtigung hatten wir Gelegenheit, die Bauweise der Bundeschule einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. Der ganze Bau ist innen wie außen einfach gehalten, und doch findet man, daß hier alles zweckbestimmend darauf eingestellt ist, um der Eigenart der Schüler gerecht zu werden. Hier muß sich zeigen, ob sich bis dahin vollständig fremde Menschen, nur verbunden durch gemeinsame Interessen, miteinander verstehen können. Es hat sich in der Schule im Verlauf der vier Wochen gezeigt, daß das Gemeinschaftsgefühl den Kollegen in Fleisch und Blut übergegangen war. Keine Differenzen, sondern alle waren davon befeelt, ihre persönlichen Interessen den Allgemeininteressen unterzuordnen. Einig in dem Willen, die ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschafts- und damit der allgemeinen Arbeiterbewegung zu stellen, getragen von der Erkenntnis, daß die allgemeine Arbeiterbewegung mit der Gewerkschaft steht und fällt. Am Abend fand die offizielle Begrüßungsfeier in der Aula statt. Der Genosse Dr. Seelbach als Leiter der Bundeschule, sowie die Führer der beteiligten Verbände sprachen herzliche Worte des Willkommen und wiesen auf die Bedeutung des Besuchs der Bundeschule hin. Nach dem gemeinsamen Gesang des Kampfliedes „Wann wir schreiten Seit an Seit“ war die Begrüßungsfeier beendet.

Am Montag, dem 3. August, 8.15 Uhr, begann die Arbeit. Die Unterrichtslehren, wie Wirtschaftskunde, Arbeitsrecht und Sozialpolitik stellten uns, die wir die Sache doch nur in groben Umrissen kannten, vor vollständig neue Probleme. Uns allen kam wohl mit Naturnotwendigkeit die Erkenntnis, in all den Dingen von dazu berufenen Leuten eingeweiht zu werden, die ein Funktionär wissen sollte, der gemißt ist, seine Kräfte in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung zu stellen. Und es kann wohl mit Recht gesagt werden, daß die Schulleitung sowie das Lehrpersonal der ihr gestellten verantwortungsvollen Aufgabe voll und ganz gerecht wurde. Dies ist bei der zur Verfügung stehenden Zeit, sowie bei dem dauernden Wechsel der Schüler keine leichte Aufgabe. Neben den drei ständigen Unterrichtslehrern wirkten Gastlehrer, die fast ausschließlich der Bundesleitung des ADGB. angehören. Ferner haben es sich die Vorstände der einzelnen Verbände zur Aufgabe gemacht, ihre Funktionäre in alle einschlägigen Fragen des Berufslebens einzuführen. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, daß uns auf diesem Gebiete doch noch so manches Neue gefast wurde.

Um neben der geistigen auch die körperliche Betätigung zu seinem Recht kommen zu lassen, ist ein Schwimmbad und eine Turnhalle dem Schulbetrieb angegliedert. Zweimal in der Woche sind zu diesem

Zweck Extratunden angelegt. Um auch außerhalb des Schulbetriebes das Gemeinschaftsgefühl zu pflegen, sind obligatorische Ausflüge eingeschoben. Zu erwähnen sind die Ausflüge nach dem Liegnitzsee und nach Bernau. Am 20. August fand eine gemeinsame Rundfahrt durch Berlin statt. Unter Führung des Genossen Simon vom Schuhmacher-Verband wurde der Reichstag besichtigt; unter anderem führte uns die Rundfahrt an der Stätte vorbei, wo unerglebliche Streiter für die Arbeiterbewegung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den Tod fanden. Der Nachmittag führte die einzelnen Verbände nach der Stätte des Wirkens der Hauptvorstände, dem Verbandshaus. In der letzten Woche fand ein Kursus des Internationalen Gewerkschaftsbundes unter Leitung des Internationalen Sekretärs Kollegen Sofferbach statt. Aus zwölf Ländern waren die Kollegen dem Ruf der Internationalen gefolgt. Ein den Göttern des ADGB. gemidmeter Unterhaltungsabend zeigte so recht, wie hinderlich für eine Verständigung die verschiedenen Sprachen sind. Ein französischer Kollege und eine englische Kollegin brachten den Wunsch nach einer Einheitsprache zum Ausdruck. Der Hinweis der ausländischen Kollegen „Nie wieder Krieg“ löste vollen Beifall unter den Schülern aus. Unter dem Gesang der Internationalen schloß dieser Abend. Sonstige gemeinsame Unterhaltungsabende gaben den Schülern sowie dem Lehrpersonal Gelegenheit, sich näher kennenzulernen. Manche gemühtlich verlebte Stunde wird davon unergessen bleiben. Auch hatten wir Gelegenheit, einer vom Kollegen Timm veranstalteten Schulbeleuchtung beizuwohnen. Erwähnenswert sind weiter die von der Schulverwaltung veranstalteten Filmabende, die uns die Streikbewegung in den neunziger Jahren, sowie Agitationsfilme der Gewerkschaften zeigte.

Wie jede Sache einmal ein Ende hat, so gingen auch diese vier Wochen zu Ende. Am 29. August fand die Abschiedsfeier statt. Noch einmal trafen sich die Schüler mit dem Lehrpersonal am Abend in der Aula, um Abschied zu nehmen von der jedem so lieb gewordenen Stätte. Nachdem Genosse Dr. Seelbach und Kollege Mahler vom Lederarbeiterverband für sämtliche Verbände, die Schulleitnehmer hatten, herzliche Worte des Abschieds an die Schüler gerichtet hatten, brachte ein belgischer Kollege noch einmal die Verbundenheit der Schüler untereinander, sowie die Abschied von der Schulleitung zum Ausdruck, in der Hoffnung, daß jeder, wenn er wieder zurückkehrt in seinen Wirkungskreis, den Gedanken der Solidarität, der Gleichberechtigung weiterverbreiten möge zum Nutzen der Arbeiterbewegung. Im Anschluß daran sprach ein Kollege im Auftrage der Schüler der Schulleitung, dem Lehrpersonal, sowie den beteiligten Verbandsvorständen den Dank der Schüler aus. Unter dem Abhängen der Internationalen fand die Abschiedsfeier ihren Abschluß. Am nächsten Morgen, schon in früher Stunde, ging es ans Packen. Gemeinsam verließen wir die Bundeschule, um nach der Ankunft in Berlin uns in alle Himmelsrichtungen zu zerstreuen. Für jeden Teilnehmer an der Bundeschule wird dieselbe ein Erlebnis bleiben. Im ständigen Kampf um die wirtschaftlichen Interessen unserer Kollegen werden wir das Erlernte verwenden und durch eifriges Studium ausbauen. Der Halt, der uns durch die Schule gegeben wurde, wird uns aufmuntern, bis zum endgültigen Sieg der Arbeiterklasse an deren Aufstieg mitzuarbeiten. **Willy Lindner, Zeig.**

Rückgang der Kraftfahrzeugherstellung.

Die Kraftfahrzeugindustrie hatte im Jahre 1929 eine verhältnismäßig gute Konjunktur. Auch in den Monaten von Januar bis Mai 1930 konnte über eine verhältnismäßig günstige Geschäftslage berichtet werden. Aber im Juni erfolgte ein starker Rückgang. Das Jahr 1928 gleich 100 gefast, betrug die Produktion im Juni 1929 bei Personenkraftwagen 123, bei Lastkraftwagen 110 und bei Kraftködern 176. Im Juni dieses Jahres hingegen in der gleichen Reihenfolge 83, 41 und 87. Im ersten Halbjahr 1930 stellte sich der Rückgang der Kraftfahrzeugindustrie, sagt man die Zahlen der ersten Hälfte 1929 gleich 100, folgendermaßen dar:

	Produktion	Wochen
Personenkraftwagen	87	93
Lastkraftwagen	61	65
Kraftködern	55	62

Bemerkenswert ist, daß die Personenkraftwagen verhältnismäßig gut abgesetzt werden konnten. Der Rückgang erfolgte hauptsächlich bei den Großwagen. Der Kleinwagen hat sich gut gehalten.

Streits und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Saarbrücken. Die Kollegen der Firma Buchs Wm. befinden sich im Streit. Beteiligt sind elf Kollegen. Die Firma ist gezipert. Zugang ist ferngehalten.

Kölnbus. Der Holzertrag, der von der Innung gekündigt war, ist durch Verhandlungen wieder in Kraft gesetzt worden.

Bezirk Erfurt-Thüringen. Der Arbeitgeberverband hat den Lohnsatz für den Bezirk gekündigt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Verharmelungsbewegung. Zur Urabstimmung der Kupferschmiede über den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband wendet sich der Zentralvorstand an die Ortsverbände mit der Bitte, ... in der kurzen Zeit, die uns bis dahin noch zur Verfügung steht, für den Zusammenschluß zu agitieren, damit die Abstimmung diesmal eine erfolgreiche wird.

Wilhelm Hänlein 60 Jahre alt. Am 1. September dieses Jahres wurde Genosse Hänlein 60 Jahre alt. Er war Mitbegründer und Vorsitzender des Deutschen Photographengehilfen-Verbandes, dessen Verharmelung mit dem Verbanne der Lithographen und Steindrucker im Jahre 1908 unter seiner Führung vollzogen wurde. Seitdem steht Hänlein auf seinem gegenwärtigen Posten als Sekretär im Vorstand des Verbandes.

Genossenschaftswesen

Von der Bauhüttenbewegung.

Nachdem in diesem Jahre bereits eine größere Anzahl von Bauhütten das Fest ihres zehnjährigen Bestehens begangen haben, folgt nun auch der Verband sozialer Baubetriebe, der in unermüdlicher Arbeit die nach dem Kriegsende an vielen Orten Deutschlands gegründeten Bauproduktionsunternehmen zu einer einheitlichen kraftvollen Organisation zusammenfaßt. Am 16. September 1930 sind zehn Jahre seit der Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe verfloßen. Die Feier dieses Tages wird am 26. Oktober 1930 durch eine künstlerische Vormittagsveranstaltung in der Berliner Volkshöhle begangen werden, zu deren würdiger Ausgestaltung der Arbeiterdichter Ernst Pötzgang, der Kompositist des Deutschen Arbeiterlängerbundes Erwin Wendt, eine Anzahl Chöre des Arbeiterlängerbundes und die besten schauspielerischen Kräfte der Volkshöhle beitragen. Diese Feier bildet den Auftakt zum siebenten Deutschen Bauhüttenfest, der am 27. und 28. Oktober im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin tagen wird.

Im Juni 1930 waren in der Bauhüttenbewegung 17.269 Arbeiter und Angestellte tätig.

Eine wertvolle Teilübersicht bietet die 72 Seiten starke, durch 81 Abbildungen von Bauhüttenbauten besetzte Sondernummer 14/15 der Sozialen Bauwirtschaft, in der über die Bauhüttenarbeit in Schlesien berichtet wird. Der Umsatz dieser Betriebe, die bis Ende 1929 durch den Bau von 4.525 Kleinwohnungen ganz erheblich zur Verringerung der schlesischen Wohnungsnot beigetragen haben, betrug im Jahre 1929 11.075.896,07 Mark. Beschäftigt waren in den schlesischen Betrieben zur Zeit der besten Bauhüttenzeit des Jahres 1929 2.720 Arbeiter und Angestellte. Der Gesamtumsatz aller Bauhütten erreichte im Jahre 1929 die stattliche Ziffer von 137.650.998,12 Mark. Die uns vorliegenden Nummern 13 bis 16 der „Sozialen Bauwirtschaft“ enthalten noch eine Fülle von Einzelheiten über die Entwicklung der Bauhüttenbewegung und über den Stand der Bau- und Wohnungswirtschaft im allgemeinen.

Die Entwicklung der deutschen Konsumvereine im zweiten Vierteljahr 1930.

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ berichtet Voltrath Kieppig über die Entwicklung der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit mehr als 400 Mitgliedern im zweiten Vierteljahr 1930. Danach ist vom 31. März bis zum 30. Juni 1930 die Zahl der bestehenden Vereine von 582 auf 574 zurückgegangen. In diesem Rückgang gelangt die fortschreitende Zusammenfassung konsumgenossenschaftlicher Kräfte zum Ausdruck. Die Zahl der Mitglieder der beteiligten Konsumvereine ging von 2.970.000 auf 2.908.000 zurück. Diese Verminderung der Mitgliederzahl entspricht dem etwaigen Rückgang, der in jedem Jahr infolge des auf den 30. Juni fallenden Betriebsjahrschlusses und dem damit verbundenen Ausscheiden der ausgeschlossenen Mitglieder

vom ersten zum zweiten Vierteljahr in die Erscheinung tritt. Der Umsatz stieg von 287,5 Millionen Mark im vorhergehenden Vierteljahr auf 291,1 Millionen Mark. Trotz der Wirtschaftskrise und des Rückgangs der Bedarfsgüterpreise haben also die Konsumgenossenschaften ihren Umsatz nicht allein auf der Höhe des Vorjahrs — im zweiten Vierteljahr 1929 287 Millionen Mark — gehalten, sondern steigern können. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied stieg gegenüber dem ersten Vierteljahr von 96,79 Mt. auf 100,19 Mt. Während die Geschäftsguthaben im Zusammenhang mit dem Rückgang der Mitgliederzahl von 62,3 Millionen Mark auf 62 Millionen Mark zurückgingen, stiegen die Rücklagen aller Art von 81,9 Millionen Mark auf 83,2 Millionen Mark. Die Spareinlagen erhöhten sich von 388 Millionen Mark auf 401 Millionen Mark. Für eine gerechte und einwandfreie Verteilung des Umfangs und des Wachstums der Verbraucherwirtschaft ist die Veröffentlichung der Ergebnisse der vierteljährlichen Feststellungen von beträchtlichem Wert. Der Nutzen dieser öffentlichen Darlegungen könnte allerdings noch größer sein, wenn andere Wirtschaftsgruppen ebenfalls den Mut und die Aufrichtigkeit zu ähnlichen Zahlenangaben bekunden wollten. Leider ist jedoch im deutschen Reichsgebiete kaum eine zweite Wirtschaftsorganisation zu finden, die die breite Öffentlichkeit über das Sein und Werden wichtiger Teile der Gütererzeugung und Güterverteilung mit der vom Zentralverband deutscher Konsumvereine geübten Regelmäßigkeit, Ausführlichkeit und Gewissenhaftigkeit unterrichtet. Daher ist es auch nicht möglich, einwandfreie Vergleiche zwischen den Ergebnissen des gemeinsamen Schaffens der in den deutschen Konsumgenossenschaften vereinigten Verbraucher und des Wirkens der auf profitwirtschaftlicher Grundlage arbeitenden Wirtschaftsgruppen zu ziehen. Die Konsumgenossenschaften kennen die Scheu vor der Durchleuchtung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht. Sie verurteilen jede Geheimnistramerei und verabscheuen jede Steuerdrückelbergerlei. Sie verachten aber auch das Strauchrittertum, das sich in den Reihen ihrer Gegner immer wieder breit macht. Zu den Geylogenheiten dieses Strauchrittertums zählt die Herabwürdigung der konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen und Erfolge und die Verunglimpfung des inneren Wertes der Konsumgenossenschaften durch die Verwendung falscher Zahlen und durch die Veröffentlichung irreführender Vergleiche.

Überall herrscht Arbeitslosigkeit.

(GB.) In ihren Darlegungen in der Presse hat die englische Arbeiterregierung mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Erscheinung der Arbeitslosigkeit einen universalen Charakter trägt, so daß es Torheit ist, die Ursache der Arbeitslosigkeit in Großbritannien der gegenwärtigen Regierung zuschreiben zu wollen. Aus fast allen Ländern Europas — nur die skandinavischen Länder und Frankreich machen in dieser Hinsicht eine Ausnahme — werden sehr hohe Arbeitslosenziffern gemeldet. Außerhalb Europas sieht es nicht viel besser aus. Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat kürzlich hinsichtlich seiner Mitglieder einen Arbeitslosigkeitsprozentsatz berichtet, der als eine Rekordziffer bezeichnet werden darf, und wenn auch die Arbeitslosigkeit für ganz Amerika nicht bekannt ist, so kann dieselbe doch sicherlich auf 8 Millionen geschätzt werden.

Selbst aus Australien und Neuseeland, den beiden Ländern, die einstmals als das Muster wirtschaftlicher Verwaltung und hoher Lebenshaltung gegolten haben, vernimmt man sehr pessimistische Klänge. Aus dem erkrankten Bande wird mitgeteilt, daß die Arbeitslosigkeit eine noch nie gekannte Höhe erreicht hat: 180.000 Männer und Frauen sind arbeitslos. Außerdem wird die Hälfte der Bevölkerung, die älter als 60 Jahre alt ist, das heißt abermals 180.000 Personen, von der Regierung unterstützt, was einen jährlichen Kostenbetrag von 57 Millionen Dollar erfordert. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist stark zurückgegangen, und als Rettungsmittel aus der Not werden jetzt eine Anzahl der wichtigsten Produkte Australiens weit unter den Produktionskosten verkauft.

Auch aus Neuseeland wird berichtet, daß die Arbeitslosigkeit dort bisher ungekannte Abmessungen angenommen hat. Von einer Bevölkerung von 1.400.000 Köpfen sind nicht weniger als 10.000 arbeitslos, und die Armut nimmt schifflich zu. Wie James Roberts, der Sekretär des Gewerkschaftsbundes von Neuseeland, kürzlich den Vertretern der Presse darlegte, erfährt Neuseeland namentlich den Rückschlag der Krise in Australien und des starken Preisrückganges der von Neuseeland erzeugten Waren. Roberts wandte sich sehr energisch gegen diejenigen, die sich als Anhänger des Freihandels innerhalb des britischen Reiches bezeichnen. „Wir sind dagegen“, so erklärte dieser Führer, „weil wir Besserung ausschließlich von einer zunehmenden Kaufkraft der Bevölkerung erwarten.“

Bücherchau

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, die 1899 gegründet wurde, gibt in einem Album, das in gelatinisierter Weise mit guten Illustrationen versehen ist, einen plastischen Überblick über das bisher Erreichte. In drei Jahrgängen ist die Bewegung zu einem mehrfachen Wirtschaftserfolge, zum größten Konsumgenossenschaftlichen Unternehmen geworden.

Nachdem zum Jahre von der Gründungszweck erreicht, hat es gebauert bis das Genossenschaftsmitglied erwirkt war, daß der erste Grundriß in Berlin-Vichtenberg erworben und die ersten Eigenbetriebe errichtet werden konnten. Die folgende Zeit brachte raschen Fortschritt sowohl in der Verweigerung der Abgabebelastung als auch in der Erweiterung der Eigenbetriebe.

Als unterbrochen wurde der Aufstieg durch den Krieg, dem sich der fünfjährige Zeitabschnitt der Währungs- und Wirtschaftskrisen anreihete. Die Zeit von 1914 bis 1923 war ausschließlich mit dem von Erfolg gekrönten Bemühen, die konsumgenossenschaftliche Organisation Berlins unter Überwindung aller Schwierigkeiten gesund und lebensfähig zu erhalten, Dank gebührt allen, die in der Verwirklichung der gemeinsamen Aufgabe leisteten, Dank auch jenen, die als Mitglieder und Mitarbeiter in genossenschaftlicher Treue ihr Unternehmen trugten und förderten.

Die Währungsstabilisierung im Jahre 1924 schuf wieder festen Grund und Boden für weiteren Aufbau. Eine verhältnismäßig kurze Zeit genügt, um die konsumgenossenschaftliche Entwicklung in vollen Fluß zu bringen und schließlich der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung die ihr gebührende Stellung in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung zu verschaffen. Das Album wird allen Freunden der Genossenschaftsbewegung Freude machen, möge es zur weiteren Mitgliederwerbung beitragen.

Wie erzieht ein Kind seine Jungen? Wie arbeitet man als Möbel zu modernem aus? Was vergessen die meisten Fremden in Venezia sich anzusehen? Diese Fragen findet die Leserin in dem Heft Nr. 14 der „Frauenwelt“ beantwortet. Ein weiterer Aufsatz führt einige Typen von zu lebenslänglichem Rückgang Verurteilten, ihre Taten und die Siedel in der Gefangenschaft vor Augen, um zu zeigen, wie sich leicht und fürchterlich viele Menschen unter der strengen Abgesoffenheit verhalten. Der reiche Inhalt unserer „Frauenwelt“ bei dem Roman und Novellen stets ausgiebig vertreten sind, macht diese Zeitschrift bei dem geringen Preis zu einer erscheinenden Lektüre für jeden Arbeiterhaushalt, die man unbedingt empfehlen kann.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Heider. Schriftleitung: Theodor Heider. Heft 8, 1930. Verlagsverpflichtung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 RM., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 RM.

Häße die Arbeitspause! Atmung und Gymnastik. Eine tägliche Kraftquelle für Berufstätige. Ein Buch der Gesundheitspflege und Leistungssteigerung. Von Max Faber und Dr. med. G. Reigl. Mit 22 Bildern auf Kunstkarton. Eobden erschienen im Süddeutschen Verlagsges. G. m. b. H., Stuttgart, Dittmannstraße 44. Preis nur 1,25 RM.

Nebe Momentaufnahme gelangt! Photographische Geheimnisse von A. Glaser. Mitglied des Verbandes deutscher Sportlehrer. Mit 30 Bildern auf Kunstkarton. Preis nur 1,25 RM. Eobden erschienen im Süddeutschen Verlagsges. G. m. b. H., Stuttgart, Dittmannstraße 44.

Schlamm ohne Fleck. Das Essen als Gesundheits- und Gesundheitsdienst. Theoretische und praktische Beiträge von Dr. med. Hans Balss. Mit Bildern und praktischen Rezepten. Eobden erschienen im Süddeutschen Verlagsges. G. m. b. H., Stuttgart, Dittmannstraße 44. Preis nur 1,25 RM.

Die beste Information findet der Kommunalpolitiker in der Halbmonatsschrift „Die Gemeinde“. In dem neuesten Heft (Nr. 14) wird der Entwurf des neuen preussischen Selbstverwaltungsorgans behandelt. Ein ausführlicher Bericht über die Reichstagsdebatte in Weimar gibt ein gutes Bild dieser Lage. Für die Landgemeinden und Städte sind die Interessen im Buch sehr gut dargestellt. Das Buch ist ein wertvolles Instrument für den Ortsrat. Am 14. Mai 1930 in München gedruckt. Im neuen Heft ist dieses Heft unter der Überschrift „Kompetenz“ — Kompetenz veröffentlicht. Ein weiterer Artikel über die Wichtigkeit der Reichsfragen schließt die Reihe der größeren Aufsätze ab. Die Landgemeinderundschau bringt eine Anzahl wichtiger Berichte aus Ostpreußen und die Beantwortung einiger Anfragen aus dem Kapitel „Jugendberufshilfe“. Die „Gemeinde“ ist ein Buch, das über die neuesten Ereignisse aus allen Gebieten der Kommunalpolitik. Die Gemeinde ist bei jeder Postanstalt und Buchhandlung oder beim Verlag J. F. H. Diez, Berlin SW 68, für 3 RM. vierteljährlich zu abonnieren.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 8. bis 14. September ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Adressenänderungen

Ahsenleben. Kass.: Erich Köhler, Wilhelmstr. 2, Heibelberg. Vorj.: Johann Jung, Kömerstr. 23, parterre.

Bad Kreuznach. Kass.: Jakob Ries, Rüdeshheimer Straße 86 11.

Königsberg i. Pr. Kass.: H. Walschewski, Ralshöfische Straße 36 h 11.

Sterbetafel

Nürnberg. Hier starb unser Kollege, der Sattler Georg Barth, im Alter von 61 Jahren. Ehre seinem Andenken!